

**1919**

**13. Dezember: Gründung der Arbeiterwohlfahrt.**

Marie Juchacz erlangt die Zustimmung des Parteiausschusses der SPD zur Gründung des »Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt«. Er »bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Insbesondere will er die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre sachgemäße Durchführung fördern«.

**1920**

März: Der Hauptausschuß veröffentlicht die ersten vorläufigen Richtlinien für seine und die Arbeit der Verbandsgliederungen.

**1921**

**15./16. September: Erste Reichskonferenz in Görlitz.**

Referate:

Helene Simon<sup>1</sup> »Aufgaben und Ziele der neuzeitlichen Wohlfahrtspflege«.

Hans Caspari<sup>3</sup> »Die gesetzlichen Grundlagen der Wohlfahrtspflege«.

Zehn Entschlüsse u. a.

Kritik an der Verzögerung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes.

Forderung eines einheitlichen Reichswohlfahrtsgesetzes (der Hauptausschuß legt der Reichsregierung dazu eine Denkschrift vor).

<sup>1</sup> Dr. h. c. Helene Simon, \* 16. 9. 1862 in Düsseldorf, † 8. 12. 1947 in London, Sozialpolitikerin und Schriftstellerin.

<sup>2</sup> Erschienen im Verlag H. J. W. Dietz Nachf. Berlin 1922.

<sup>3</sup> Dr. Hans Caspari, Bürgermeister in Brandenburg a. d. H., später Landeshauptmann der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen.

Forderung nach weitestgehendem Schutz der unehe-lichen Kinder im Sinne der Verfassung.  
Nachdrückliche Förderung der ehrenamtlichen Arbeit seitens der AW.

**1923**

**30./31. Januar: Fachkonferenz über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in Berlin:**

Erarbeitung von Leitsätzen zum RJWG<sup>4</sup>.

Der passive Widerstand im Ruhrgebiet, der ausbrach, als die Franzosen im Januar 1923 wegen rückständiger Reparationsleistungen das Ruhrgebiet besetzten, hatte die Inflation auf ihren Höhepunkt getrieben. Am 28. September 1923 mußte der passive Widerstand abgebrochen werden; am 16. November wurde die Inflation durch Einführung der Rentenmark beendet; die Zahl der Arbeitslosen stieg von 180 000 im Juli 1923 auf einoinhalb Millionen. Die Not in der Bevölkerung war unbeschreiblich.

9. Dezember: AW-Konferenz für die Bezirke des besetzten Gebietes in Köln, in Anwesenheit internationaler Hilfsorganisationen, der englischen Militärmission und der Auslandspresse. Die Konferenz appellierte an das Ausland (»... wir können uns nicht mehr selbst helfen ... «).

Dezember: Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt ruft gemeinsam mit der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde auf zur »Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft«.

Dezember: Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt ruft zur »Bergarbeiterhilfe« auf.

Aus Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Lettland, der Schweiz, der Tschechoslowakei, aus Bulgarien, Italien, Österreich, Nord- und Südamerika und aus England kamen Geld- und Sachspenden und die

<sup>4</sup> Veröffentlicht in Juchacz/Heymann, »Die Arbeiterwohlfahrt«. Dietz Nachf. Berlin.

Einladung von Kindern in Gastfamilien; ermutigende Beweise der Solidarität und des Vertrauens.

## 1924

Die Währungsreform hatte die Grundlage für die allmählich erkennbar werdende Stabilisierung der Wirtschaft geschaffen, die Arbeitslosigkeit war zurückgegangen, die Löhne gestiegen.

12./14. September: Zweite Reichskonferenz in Hannover.

Marie Juchacz legt das von ihr und Johanna Heymann verfaßte Buch »Die Arbeiterwohlfahrt, Voraussetzungen und Entwicklungen« vor, das neben grundsätzlichen Darlegungen einen zusammenfassenden Bericht über die ersten fünf Jahre seit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt gibt. In ihrem Vortrag betont sie die in Fragen der Organisationsform geübte Toleranz, die es ermöglicht habe, daß neben die Form des Ausschusses auch die des Vereins getreten sei.

Sie spricht sich dafür aus, den örtlichen Organisationen freie Hand bei der Inangriffnahme von sozialen Aufgaben zu lassen:

*»Wer die Erfahrungen der letzten beiden Jahre hinter sich hat, der weiß, daß es durch die Richtlinien unter keinen Umständen verboten sein kann, neben der Durchdringung der amtlichen Wohlfahrtspflege auch eine ganze Reihe von Tätigkeiten auszuüben, an die man seinerzeit in der neugegründeten Organisation nicht gedacht hat, an die man damals auch noch nicht denken konnte.«*

## 1925

4. Januar: Vertreterkonferenz in Berlin: Beschlusfassung über die auf der zweiten Reichskonferenz in Hannover gestellten Anträge, u. a. über

die Zusammensetzung des Hauptausschusses, er besteht

- a) aus den vom Vorstand der SPD bestätigten Mitgliedern (Arbeitsausschuß),
- b) aus den gewählten Vertretern der Bezirke,
- c) aus den Vorsitzenden der Fachkommissionen.

Die Bildung von zehn Fachkommissionen: s. Seite 129.

Die Bildung einer »Kommission zur Beratung eines Statuts«.

Am 28. Februar 1925 stirbt der Reichspräsident Friedrich Ebert; zu seinem Nachfolger wird der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gewählt.

### 28. Mai/1. Juni: Erstes Pfingsttreffen

sozialistischer Fürsorgerinnen in Pivitsheide bei Detmold. In der Folgezeit werden diese Pfingsttreffen zu einer jährlichen Einrichtung, an der bald auch männliche Fürsorger teilnehmen.

— Der Hauptausschuß beschließt, alljährlich eine zentrale Lotterie zu veranstalten, deren Ergebnis in erster Linie zur Bildung eines Stipendienfonds verwendet werden soll, um jungen Menschen aus der Arbeiterschaft eine soziale Berufsausbildung zu ermöglichen.

— In den Wintermonaten 1925/26 Veranstaltung eines viermonatigen »Nachschulungslehrgangs« für sozialerfahrene Frauen zur Erlangung der staatlichen Anerkennung als Wohlfahrtspflegerinnen.

## 1926

### Aus dem Geschäftsbericht 1926:

Die Organisation umfaßt jetzt 34 Bezirke mit insgesamt 1914 Ortsausschüssen. Die Mitarbeiterzahlen (ehrenamtliche Helfer) haben den beachtlichen Stand von etwa 150 000 erreicht.

Die Fachkommissionen wurden durch Zusammenlegung von bisher zehn auf sieben herabgesetzt. Die Fachkommission Jugendwohlfahrt gibt Enquete über den Kinderbettel heraus.

#### Zentrale Helme:

Inbetriebnahme der Reichskinderheilstätte »Schwarzwaldheim Ludwig Frank« in Schönwald bei Triberg. Umstellung des Kurhauses Clausthal in Kellinghusen für Fortbildungsarbeit während der Wintermonate. Erwerb des »Immenhof« in der Lüneburger Heide, um dort ein Fürsorgeerziehungsheim nach den sozialpädagogischen Vorstellungen der AW zu errichten.

20./24. Mai: Zweites Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsorgerinnen auf Burg Hohenstein, Sächs. Schweiz.

1. September: Die Geschäftsstelle wird von Berlin Lindenstraße 3 nach Belle-Alliance-Platz 8 verlegt.

25./26. September: Bevölkerungspolitische Kongreß in Jena.

Thema: »Sozialismus und Bevölkerungspolitik«.

1. Oktober: Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt« erscheint.

Auflage 10 000; Erscheinungsweise zweimal monatlich. Schriftleitung Hedwig Wachenheim.

Winter 1926/27: Zweiter Nachschulungslehrgang für sozialerfahrene Frauen zur Erlangung der staatlichen Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin.

## 1927

29./30. Mai: Dritte Reichskonferenz in Kiel.

Im Mittelpunkt steht das Referat von Dr. Hermann Heimerich, Oberbürgermeister in Kiel, zum Thema »Jugendwohlfahrt und sozialistische Weltanschauung«; der Referent setzt sich mit dem Problem Kirche, Christentum und Sozialismus auseinander.

Die Konferenz fordert in drei Entschlüssen:

1. Anpassung der Erwerbslosenhilfe an die Bedürfnisse der wandernden Erwerbslosen und die Beibehaltung der Zuständigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise; sie erwartet die Einrichtung würdiger neutraler Wanderer-Heimstätten durch die Gemeinden.

2. Die Konferenz ersucht die Reichsregierung und alle Parteien, die Urlaubsfrage für Jugendliche unter 18 Jahren auf gesetzlichem Wege zu regeln.

3. Die Konferenz fordert die sozialdemokratischen Parlamentarier auf, dem neuen Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch Einflußnahme auf die Ausführungsbestimmungen zu möglichst fortschrittlicher Anwendung zu verhelfen.

3./7. Juni: Drittes Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsorgerinnen in Bad Elgersburg/Thür.

11. Juli: Der Hauptausschuß ruft zur Hilfe für die Opfer der Unwetterkatastrophe im östlichen Erzgebirge auf. Ergebnis: 108 000,— RM.

15. August: Sonderheft »Soziale Berufsausbildung« (»Arbeiterwohlfahrt« 16/1927).

1. November: Das Berufserziehungsheim »Immenhof« wird in Betrieb genommen.

— »Lehrbuch der Wohlfahrtspflege« erscheint. Herausgeber Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Redaktion Hedwig Wachenheim. Das Buch soll die Schulungs- und Fortbildungsarbeit für die ehrenamtlichen Mitarbeiter (allein im Jahre 1927 28 000 Teilnehmer) unterstützen.

## 1928

4./11. Februar: Erste Reichsschulungswoche in Kellinghusen.

25./28. Mai: Viertes Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsorgerinnen in Probstzella.

— Hauptausschuß richtet hauswirtschaftliche und sozialpflegerische Vorpraktika ein als Voraussetzung für die Ausbildung in Kindergärtnerinnenseminaren, Krankenpflegeschulen pp.

August: Anlässlich der Tagung der Sozialistischen Internationale in Berlin lädt Marie Juchacz die Vertreterinnen der sozialdemokratischen Parteien zu einer ersten Besprechung über internationale Zusammenarbeit in Fragen der Wohlfahrtspflege ein.

**16. Oktober: Eröffnung der »Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt« in Berlin.**

Vorsitzende des Kuratoriums und Leiterin der Schule: Hedwig Wachenheim; hauptamtliche Dozentin Dr. Erna Magnus (ab Herbst 1929 auch Dr. Susanne Hirschberg).

— Der Hauptausschuß bringt den Film »Streifzug durch die Heime und Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt« heraus.

— Im Verlag des Hauptausschusses erscheint »Kommentar zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten« von Prof. Dr. med. A. V. Knack und Dr. jur. Max Quark.

— Der Hauptausschuß beginnt mit der Herausgabe einer Buchreihe »Das kleine Lehrbuch« (bis zum Herbst erschienen 9 Bände).

## 1929

**27./28. März: Vierte Reichskonferenz in Frankfurt a. M.**

Generalthema: »Ausbildung«.

Die Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt« veröffentlicht in einem Doppelsonderheft (Nr. 13/14/1929) die auf der Konferenz gehaltenen Vorträge.

**15. Mai: »Richtlinien zur Umgestaltung der Fürsorgeerziehung«.**

Die von der Fachkommission Jugendwohlfahrt erarbeiteten Richtlinien erscheinen — mit Erläuterungen — als Sonderheft der »Arbeiterwohlfahrt« (Nr. 10/1929).

Die Richtlinien setzen folgendes Ziel:

*»Die Fürsorgeerziehung ist als Sondermaßnahme abzubauen und in die allgemeinen Einrichtungen der öffentlichen Jugendfürsorge einzugliedern.*

*Einer der wesentlichsten Grundgedanken der modernen Jugendwohlfahrtspflege liegt in der einheitlichen, planmäßigen Durchführung der gesamten Jugendhilfe unter pädagogischen und sozialen Gesichtspunkten durch die Jugendämter als verantwortliche Träger.*

*Diesem Grundgedanken widerspricht die Anordnung der Fürsorgeerziehung in einem besonderen Verfahren und ihre Durchführung und besondere Kostenregelung durch andere Behörden als die der allgemeinen Jugendhilfe.*

*Fürsorgeerziehung ist deshalb durch Maßnahmen der Jugendhilfe zu ersetzen, die im Rahmen der Jugendwohlfahrtsgesetzgebung nach pädagogischen, psychologischen und therapeutischen Gesichtspunkten durchzuführen sind.« Siehe auch Seite 131.*

17./19. Mai: Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen in Hellerau bei Dresden.

1. Dezember: Marie Juchacz behandelt in einem Grundsatzartikel die Stellung der Arbeiterwohlfahrt zur Frage Geburtenregelung und Sexualberatung (»Arbeiterwohlfahrt« Nr. 23/1929).

**15. Dezember: »Zehn Jahre Arbeiterwohlfahrt«.**

Unter dieser Überschrift würdigt Marie Juchacz die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt seit ihrer Gründung (»Arbeiterwohlfahrt Nr. 24/1929).

Der Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929 löste eine Weltwirtschaftskrise aus, die das deutsche Wirtschaftsleben tief erschütterte. Die Zahl der Arbeitslosen stieg

unaufhaltsam; sie betrug im Jahresdurchschnitt von 1929 zwei Millionen, Ende 1930 4,4 Millionen. Aus der wirtschaftlichen entwickelte sich eine politische Krise, die in Verbindung mit dem verhängnisvollen Anwachsen der NSDAP die Demokratie in Gefahr brachte.

## 1930

**23. Februar: Zehnjährfeier der Arbeiterwohlfahrt.**

im Plenarsaal des Preußischen Staatsrates in Berlin. Unter den Ehrengästen: Reichsarbeitsminister Rudolf Wissel, der Preußische Ministerpräsident Otto Braun, der Präsident des Preußischen Landtags Friedrich Bartels.

Aus der Festrede von Marie Juchacz:

*»Wir fühlen uns jung, und dennoch sind wir erfahren, denn die Wurzeln unserer Kraft liegen in der Arbeiterbewegung. Vor zehn Jahren haben wir der immer vorhandenen Idee nur die äußere Form gegeben. Die Zweifler von damals haben gelernt, daß Ideen Organisationen brauchen, um sich durchzusetzen. Vor dem Krieg hat man uns zur Arbeit nicht zugelassen. Während des Krieges war man froh um unsere Mitwirkung. Ein paar Jahre nach dem Krieg ließ man uns gewähren. Heute versucht man wieder, unsere Arbeit auszuschalten, uns anzuklagen, daß wir Politik in die neutrale Arbeit hineinbringen ...*

*Man fragt uns heute nach den ethischen Kräften unserer Arbeit. Wo sich als zwingende Folge der allgemeinen Lebensanschauung die Kameradschaftlichkeit oder Solidarität von selbst ergibt, da entbehrt die soziale Arbeitsleistung gewiß nicht der ethischen Kraft, ohne die soziale Arbeit überhaupt nicht denkbar ist.*

*Was wir sind, können wir nur sein in der demokratischen Republik. Erst im demokratischen Staat können wir die Kräfte entfalten, die am Ausbau des Wohlfahrtsstaates mitarbeiten wollen und können, die auch erst im neuen Staat gefördert werden.*

*Für die Arbeiterwohlfahrt haben die zehn Jahre genügt, um eine lebendige, starke moderne Wohlfahrtsorganisation aufzubauen, eine Wohlfahrtsorganisation, die viele Frauenkräfte erweckt und entwickelt hat.«*

**21./23. Februar: Gründung der Internationalen Arbeiterwohlfahrt.**

Aus Anlaß der Feier des zehnjährigen Bestehens der Arbeiterwohlfahrt trafen sich die von Marie Juchacz eingeladenen Vertreter(Innen) ausländischer Bruderorganisationen. Es wurden Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit (z. B. Kinderaustausch, soziale Praktika) verabredet und die Herausgabe einer Korrespondenz mit Berichterstattung über wohlfahrtspolitische Ereignisse in den einzelnen Ländern in Aussicht genommen. Marie Juchacz wurde zur Vorsitzenden, Hedwig Wachenheim zur Schriftführerin der Internationalen Arbeiterwohlfahrt gewählt.

23. Februar/1. März: Reichssplitzenkursus in Berlin über aktuelle Fragen der Wohlfahrtspflege und Wohlfahrtspolitik.

8./10. Juni: Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen auf dem »Immenhof« (Lüneburger Heide).

**1. August: Die Arbeiterwohlfahrt nimmt Stellung zur Reichstagswahl.**

Die Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt« (Nr. 15/1930) fordert unter der Überschrift »Kampf« zur bevorstehenden Neuwahl des Reichstages zur Stimmabgabe für die SPD auf. Aus dem Inhalt: *»Eine falsche Politik überlastet die Wohlfahrtspflege. Statt Ankurbelung der Produktion durch Preissenkung hat die Regierung durch Lohnsenkung ohne Preissenkung die Wirtschaftskrise verschärft, die Arbeitslosenziffern erhöht und so die Arbeiter aus der Wirtschaft in die Arbeitslosenversicherung gedrängt. Durch Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung*

aber drängt sie wiederum die Arbeitslosen in die Wohlfahrtspflege. Zum Schluß sollen die Arbeiter die erhöhten Kosten der gemeindlichen Wohlfahrtspflege durch die Kopfsteuer bezahlen. Die besten Wohlfahrtsgesetze, die beste Fürsorgepraxis können solcher Politik nicht standhalten. Massenelend, dem keine Fürsorge gewachsen ist, muß das Ende sein.»

#### November: Winterhilfe der Arbeiterwohlfahrt:

Der Hauptausschuß ruft zu verstärkter Aktivität auf, um der lawinenhaft angewachsenen Not der Erwerbslosen zu steuern. Es wird enge Verbindung zu den lokalen und regionalen Gewerkschaftsgliederungen empfohlen. Die eingeleiteten Hilfsmaßnahmen sollen vordringlich Kindern und erwerbslosen Jugendlichen gelten und insbesondere vorsehen: Speisungen, berufliche Umschulung und Fortbildung und Bildungsmaßnahmen. Die Angestellten der SPD und Gewerkschaften bringen durch Verzicht auf einen Teil ihrer Gehälter Mittel für die Bezuschussung dieser Maßnahme auf.

Die Wirtschaftskrise und in ihrem Gefolge die politische Krise verschärfen sich zunehmend. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Dezember auf 5,8 Millionen, davon waren schätzungsweise 600 000 Jugendliche. Durch Notverordnungen verfügte der Reichspräsident Sparmaßnahmen, Einschränkungen und Abbau sozialer Leistungen. Die Gemeinden, durch die Fürsorgekosten für über 1 Million sogenannter Wohlfahrtserwerbsloser finanziell überlastet, bauen die nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen ab: sie stellen die Schulgesundheitspflege ein, schränken Erholungsfürsorge und vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung von Tuberkulose, Verküppelung usw. ein, schließen Kinderkrippen, Kindergärten und -horten, stellen vorbeugende heilpädagogische Maßnahmen ein.

Hitler findet die finanzielle Unterstützung deutscher Industrieller; zwischen der NSDAP, der DNVP (Hugenberg) und dem Stahlhelm kommt es zur Bildung der »Harzburger Front«. — Sozialdemokratie, das »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold«, die Gewerkschaften und die Arbeitersportorganisationen errichten die antifaschistische »Eisene Front« mit dem Ziel, die Demokratie zu verteidigen.

1931

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Berichtsjahres bestimmten die politische und sozialpraktische Aktivität der Arbeiterwohlfahrt.

14./15. Mai: Eine zentrale Arbeitstagung der AW in Probstzella wendet sich entschieden gegen die Sparmaßnahmen in der Wohlfahrtspflege — Referent: Stadtrat Dr. Walter Friedländer.

Die Konferenz fordert in einer Entschliebung, daß die Leistungen der Fürsorge, insbesondere der vorbeugenden Maßnahmen, erhalten bleiben und warnt vor einem Abbau der sozialen Berufskräfte. Die Konferenz verlangt ferner die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung und die Entlastung der Gemeinden von den Kosten der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen durch die Übernahme dieser Kosten auf Reich und Länder.

22./26. Mai: Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen in Probstzella (*»Arbeitslose Kollegen sind Gäste des Hauptausschusses«*).

#### — Freiwilliger Arbeitsdienst:

Der durch Notverordnung in das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aufgenommene Freiwillige Arbeitsdienst wird von der Arbeiterwohlfahrt wegen der Gefahr der Unterwanderung des Tarifrechts und des Mißbrauchs der Jugend zunächst abgelehnt (s. Aufsatz von Lotte Lemke in »Arbeiterwohlfahrt« Nr. 14/1931). Die Not der arbeitslosen Jugend und die Gefahr, daß antidemokratische Kreise sich der Jugend bemächtigen, führte später zu einer Revision dieses Standpunktes mit dem Ergebnis, daß viele Orts- und Kreisausschüsse sich dieser Aufgabe zuwandten.

24. Juli: Konferenz der Internationalen Arbeiterwohlfahrt in Wien; neben Deutschen nehmen Vertreterin-

nen aus Österreich, der Schweiz, Belgien, Estland, Finnland, Griechenland, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei teil. Es werden Verabredungen über gegenseitige Einladungen zu den nationalen Wohlfahrtskonferenzen getroffen. Die deutsche Arbeiterwohlfahrt wird formell beauftragt, eine Internationale Korrespondenz herauszugeben. Die politischen Ereignisse verhinderten die Realisierung dieser Pläne.

13. September: Eine unter dem Vorsitz von Ministerialrat Dr. Hans Maier, Dresden, in Berlin tagende Sachverständigenkonferenz nimmt Stellung zu den Sparprogrammen des Deutschen Städtetages und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Sie lehnt u. a. den Vorschlag des Deutschen Vereins, die Arbeitslosenversicherung zeitweilig aufzuheben, mit ausführlicher Begründung ab. — Die Konferenz lehnt die Forderung des Deutschen Städtetages nach Herabsetzung der Richtsätze für die Fürsorgeunterstützung ab; eine schematische Herabsetzung sei nicht mit dem Grundsatz der individualisierenden Hilfe zu vereinbaren. — Ebenso wendet sie sich gegen die Abschaffung der gehobenen Fürsorge für Kleinrentner und Sozialrentner. — Sie fordert die Beibehaltung des Personalbestandes zur Sicherung der individuellen Fürsorge, die letztlich Ersparnis bedeutet.

#### 1. Oktober: Aufruf zur Solidarität<sup>6</sup>.

Der Hauptausschuß erläßt einen von der SPD, den Gewerkschaften, der Arbeiterjugend und der Zentralkommission für Arbeitersport unterstützten Aufruf.

— Der Hauptausschuß errichtet in Berlin ein Übergangshaus für Mädchen, die, aus der Fürsorgeerziehung entlassen, nach ihrem Entwicklungsstand den

Anforderungen des selbständigen Lebens nicht gewachsen sind.

#### — Winterhilfe:

Der Hauptausschuß, der auf zentraler Ebene nicht mitarbeitet, weil er die Beteiligung der öffentlichen Wohlfahrtspflege an der Winterhilfe nicht durchsetzen konnte, stellt den Ortsausschüssen die Mitarbeit frei, wenn diese Bedingung am Ort erfüllt ist.

Vielorts wird somit neben der eigenen Solidaritätshilfe auch die Winterhilfe durchgeführt. Die Ergebnisse beider Aktionen erlauben die verstärkte Durchführung einfacher Maßnahmen der Ernährungs- und Bekleidungshilfe, der Bildungsarbeit und Umstellungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche.

Dezember: Der Vorsitzende der Fachkommission »Jugendwohlfahrt«, Stadtrat Dr. Walter Friedländer, wendet sich gegen Pläne, im Zusammenhang mit dem Erlaß einer Notverordnung zur Fürsorgeerziehung als »unerziehbar« beurteilte Fürsorgezöglinge in Arbeitshäusern unterzubringen.

— Die Schriftleiterin der Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt« veröffentlicht in Nr. 23/1931 einen leidenschaftlichen Appell:

*»Fürsorger und Fürsorgerinnen, wo steht ihr im politischen Kampf? ... Wir sagen auch, die Gewaltherrschaft der Nazis muß verhindert werden; Zersplitterung und Müdigkeit sind es, die der Arbeiterschaft die Kampfeskraft nehmen. Die kommunistische Politik führt in den Bürgerkrieg ... Darum kämpft ... für eure Arbeit, eure Hilfsbedürftigen ... für ein freies, demokratisches und soziales Deutschland!«*

Die krisenhafte Situation treibt ihrem Höhepunkt zu. Die Zahl der Erwerbslosen steigt auf über 8 Millionen. Der permanente Terror der Nationalsozialisten und die Bemühungen der KPD, die Arbeiterschaft zu spalten, schaffen eine Atmosphäre des drohenden Bürgerkrieges. Zur Reichspräsidentenwahl im Früh-

<sup>6</sup> S. S. 167.

Jahr kandidieren Hindenburg, Hitler und Thälmann. Die SPD, einzig geleitet von der Sorge um die Erhaltung der Demokratie, entschließt sich, die Wiederwahl Hindenburgs zu unterstützen. Dieser entläßt, nachdem er gewählt ist, den Reichskanzler Brüning, an seine Stelle tritt von Papen. Er setzt die Neuwahl des Reichstages an; der 31. Juli bringt der NSDAP 230 Sitze (gegen vorher 107). Es wird weiter mit Notverordnungen regiert, die nun nicht mehr nur die sozialen Leistungen in ihrer Höhe abbauen, sondern die Grundprinzipien der sozialen Ordnung des demokratischen Staates angreifen.

## 1932

In dieser Situation hatte die Arbeiterwohlfahrt einen Kampf nach zwei Seiten zu führen: Mit allen ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten und Mitteln bemühte sie sich um Linderung der zunehmenden materiellen und seelischen Not von Millionen Arbeitsloser und ihrer Familien, nach wie vor gelten alle Maßnahmen und Einrichtungen vornehmlich den Kindern und den jugendlichen Erwerbslosen (Speisungen, örtliche Ferien-erholung, Unterhaltung von Werkstätten für Ausbildung und Umschulung Jugendlicher, Sammlung, Her-richtung und Verteilung von Kleidung und Schuhen). Daneben blieb die Mitarbeit an den Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrt und Fürsorge erhalten. Auf der anderen Seite reißt die Arbeiterwohlfahrt sich bewußt in den von Partei und Gewerkschaften geführten Kampf ein gegen die Untergrabung der Demo-kratie und gegen die Fortsetzung des rigorosen Ab-baus der sozialen und sozialpolitischen Leistungen, die letztlich auf die Beseitigung des der Regierung von Papen ärgerlichen »Wohlfahrtsstaates« abzielten.

13./16. Mai: Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsor-ger und Fürsorgerinnen in Wilhelmshöhe bei Kassel. Dieses — vorläufig letzte — Treffen ist ausschließlich aktuellen Fragen gewidmet, die sich aus der Krisen-situation ergeben.

31. Mai: Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt tagt in Berlin. In einer EntschlieÙung protestiert er

gegen die beabsichtigte weitere Senkung der Arbeits-losenunterstützung und der Sozialversicherungsrenten. Er fordert erneut die Entlastung der Gemeindefinan-zen von der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und pro-testiert gegen die unsozialen Kopfsteuern (Beschäfti-gungssteuer, Bürgersteuer).

1. Juli: Die Fachkommissionen »Allgemeine Fürsorge« und »Sozialpolitik« beraten über die Stellungnahme zur Notverordnung vom 14. Juni 1932 und die dazu ergangenen Ausführungsverordnungen. Hervorzuhe-ben ist u. a. die Forderung, daß die Rentenkürzung nicht — wie vom Städtetag gefordert — zum Anlaß einer Senkung der Richtsätze der öffentlichen Für-sorge gemacht werden darf und daß die »gehobene Fürsorge« aufrechterhalten werden muß.

19. Juli: »Sozialer Dienst — Hilfswerk der Arbeiter-schaft für erwerbslose Jugend«. In einer Besprechung zwischen den Vertretern der zentralen Organisationen der Gewerkschaften, der sozialistischen Bildungs-arbeit, der Arbeiterjugend, des Arbeitersports, der Arbeiterwohlfahrt und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird eine Reichsarbeitsgemeinschaft unter obigem Namen gebildet. Ihre Aufgaben sind: Koordin-ierung der Maßnahmen auf den Gebieten der Ar-beiterschulung jugendlicher Erwerbsloser, des freiwilligen Arbeitsdienstes und der kollektiven Selbsthilfe (Herstellung von Gegenständen des täglichen Bedarfs von Arbeitslosen für Arbeitslose); Erfahrungsaus-tausch, Beratung der Projektträger, zentrale Vertre-tung gegenüber Reichs- und Staatsbehörden.

September: Zur Winterhilfe 1932 schreibt Lotte Lemke in der »Arbeiterwohlfahrt« (Nr. 18/1932) u. a.:

*»Während der Hauptausschuß in allen Fällen die Ent-scheidung über Beteiligung oder Nichtbeteiligung völ-lig in die Hände der Bezirks- und Ortsausschüsse ver-legt, so hat er sich doch in einem Falle entschlossen, die Unterorganisationen zu binden. Dieser Fall be-*

*trifft die Frage einer Beteiligung der Nationalsozialisten an der Winterhilfe. Wo dieser Fall praktisch wird, da kann es für die »Arbeiterwohlfahrt« nur ein Fernbleiben geben; wir müssen es ablehnen, mit einer Organisation, die durch ihren Moräterror unendliches Elend über zahllose Arbeiterfamilien gebracht hat, uns an einen Tisch zu setzen.«*

**Oktober:** Aufruf zur Solidaritätshilfe 1932. Der Hauptausschuß erläßt wie im Vorjahre einen von den Spitzenorganisationen der SPD, der Arbeiterjugend, des Arbeitersports und der Gewerkschaften unterstützten Spendenaufruf.

Das Ergebnis des vorjährigen Aufrufes hatte ein starkes Echo gefunden und die Möglichkeiten der »Winterhilfe« verstärkt.

**November: Kampf um den Wohlfahrtsstaat.**

Zu diesem Thema bringt die Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt« (Nr. 20/1932) ein Sonderheft heraus.

**November:** Im Preussischen Landtag verlangen nationalsozialistische Abgeordnete, das Parlament möge das Volkswohlfahrtsministerium auffordern, die der Arbeiterwohlfahrt erteilte Lotteriegenehmigung zurückzuziehen.

**Dezember:** In einer EntschlieÙung protestiert der Hauptausschuß gegen Pläne, das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten abzuändern, da es sich bewährt habe.

## 1933

Am 30. Januar ernennt Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Damit wird die Errichtung der totalitären Herrschaft der Nationalsozialisten eingeleitet. Am 23. März verabschiedet der Reichstag — gegen die Stimmen der Sozialdemokraten — das Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung das Recht der Gesetzgebung — auch unter Abweichung von der Verfassung — gibt. Die Folgezeit hat erwiesen, daß die Reichsverfassung für die neue Regierung nur noch ein Fetzen Papier war.

Mit der Machtergreifung durch Hitler setzte die Verfolgung politisch Unliebsamer in verstärktem Maße ein. Zusätzlich trat zu allen anderen Aufgaben der Nothilfe nun die Pflicht, den Familien der Inhaftierten, Erschlagenen und Emigrierten zu helfen. Die aus der »Solidaritätshilfe« eingegangenen und eingehenden Spenden werden vorwiegend für diesen Personenkreis verwendet.

**Februar: Vorbereitung der Illegalität.**

Der Hauptausschuß beschließt die Gründung einer Tarnorganisation, die im Falle seines Verbots Hilfsmaßnahmen für Verfolgte und ihre Familien weiterführen soll. So wird das »Deutsch-ausländische Jugendwerk« gegründet und seine Satzung in das Vereinsregister eingetragen.

Der Hauptausschuß stattet das Werk mit einem namhaften Geldbetrag aus. Elsa Brandström erklärt sich bereit, den Vorsitz zu übernehmen, Mlle de Morsier von der »Union International des Enfants« in Genf wird zweite Vorsitzende. Durch diese beiden Namen war die Gründung so gut wie unantastbar für die Naziregierung geworden.

**17. März: Änderung der Richtlinien.**

Der Hauptausschuß hält eine interne Reichstagung ab, um aus der gegenwärtigen Situation die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Auf dieser Tagung wird eine Änderung der Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt beschlossen. Die neuen Richtlinien, die an Stelle der alten treten, sehen die völlige Unabhängigkeit der Arbeiterwohlfahrt vor.

Nach den neuen Richtlinien bezweckt die Arbeiterwohlfahrt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege aus dem Geist solidarischer Selbsthilfe.

Sie will die gesetzliche Regelung und die sachgemäÙe Ausführung der Wohlfahrtspflege fördern und die praktische Durchführung unterstützen.

Dieses Ziel soll erreicht werden durch Zusammenfassung und Schulung der Mitarbeiter, durch Stellungnahme zu allen Fragen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und durch unmittelbare Beteiligung an der praktischen Arbeit.

Bei den zu Betreuenden soll wie bisher kein Unterschied in politischer und weltanschaulicher Beziehung gemacht werden.

Die Gliederung der Arbeiterwohlfahrt in Hauptauschuß, Bezirksausschüsse und Ortsausschüsse bleibt bestehen. Während jedoch bisher die Organisation nur Mitarbeiter kannte, sehen die neuen Richtlinien jetzt die feste Form der Mitgliedschaft vor, die bei den Ortsausschüssen zu erwerben ist.

#### Auflösung und Verbot

5. Mai: Unter polizeilicher Begleitung läßt das Hauptjugendamt der Stadt Berlin die auf dem Immenhof untergebrachten weiblichen Jugendlichen abtransportieren. Die Kinder dürfen zunächst noch dort bleiben.

12. Mai: Die Geschäftsstelle des Hauptausschusses wird zunächst von SS-Leuten aufgesucht, die Auskünfte einholen (Anschluß an die NSV?), dann erscheint ein Beauftragter der Deutschen Arbeitsfront, Herr Kabitz, der die Geschäftsführerin Lotte Lemke des Hauses verweist und die »Leitung der Arbeiterwohlfahrt« übernimmt.

Vorsorglich war schon vor einiger Zeit in der Großbeerenstraße ein Ausweichbüro gemietet worden. In diesem Zimmer trafen sich täglich nach Dienstschluß der gleichgeschalteten Geschäftsstelle die verantwortlichen Mitarbeiter und berieten mit Lotte Lemke die Gegenmaßnahmen zu den von Kommissar Kabitz herausgegebenen Anweisungen. Es gingen täglich illegale Briefe und Rundschreiben heraus, die den Freunden draußen Hinweise und Vorschläge und damit das Gefühl gaben, in ihrer schwierigen Situation nicht allein zu sein.

Überall im Lande vollzog sich der gleiche Vorgang wie in der AW-Zentrale: die Geschäftsstellen wurden besetzt, die verantwortlichen Persönlichkeiten vielfach verhaftet, die Bankkonten wurden beschlagnahmt, die Heime und Einrichtungen in Besitz genommen. Viele der führenden Persönlichkeiten mußten ihre Sicherheit in der Emigration suchen, viele kamen in Gefängnisse und Konzentrationslager, so mancher kehrte nicht mehr zurück.

15. Mai: Als Heft 10 des 8. Jahrgangs erscheint die letzte von Hedwig Wachenheim, die schon seit dem 7. Heft nicht mehr namentlich im Impressum genannt wird, redigierte Ausgabe der Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt«.

15. Juli: Als Heft 14 (*»Die Hefte 11, 12 und 13 sind infolge Eingliederung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in die Deutsche Arbeitsfront nicht erschienen«*) erscheint die erste und letzte Nummer der Zeitschrift mit dem Zeichen des Hakenkreuzes. Der Beauftragte der Deutschen Arbeitsfront veröffentlicht ein Rundschreiben mit Anweisungen für die Umorganisation der Arbeiterwohlfahrt, die *»ihren Stolz darein setzt, ein nützliches Glied der nationalen Front zu werden«*, sie sei so auszubauen, daß sie später als Vorbild dient für alle Wohlfahrtseinrichtungen.

Diese Absichten ließen sich nicht verwirklichen, weil niemand mitmachte. Die Verantwortlichen auf allen Ebenen und die 135 000 ehrenamtlichen Mitarbeiter versagten sich jedem Versuch der Gleichschaltung. Der Beauftragte der Deutschen Arbeitsfront griff ins Leere. Die Arbeiterwohlfahrt als Organisation existierte nicht mehr.

2600 Ortsausschüsse der Arbeiterwohlfahrt mit 1414 Beratungsstellen und über 135 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern hatten sich dem Gewaltregime versagt. Die 1931 erstellte Statistik weist für 1600 Ortsausschüsse, also für 60 Prozent der Befragten 2600, folgende Maßnahmen aus:

673 Ortsausschüsse führten für 198 000 Kinder örtliche Ferienerholung durch;

in 12 500 Fällen wurde Hauspflege einschließlich Wöchnerinnen- und Säuglingspflege geleistet.

1224 Ortsausschüsse arbeiteten in den kommunalen Wohlfahrts- und Jugendausschüssen mit.

29 423 Fälle der Jugend- und Erwachsenengerichtshilfe, der Schutzaufsicht, des Vormundchaftswesens und der Pflegekinderaufsicht wurden im Berichtsjahr bearbeitet.

In nahezu jedem Ortsauschuß wurden im Rahmen der eigenen »Solidaritätshilfe« sowie im Rahmen der allgemeinen Winterhilfe Hilfsaktionen für die Erwerbslosen durchgeführt.

1819 Schulungsveranstaltungen erfaßten rund 48 000 ehrenamtliche Mitarbeiter.

An Einrichtungen und Heimen fielen den NS-Organisationen in die Hände:

1200 Nähstuben mit 4000 Nähmaschinen;

11 AW-Häuser;

47 Jugend-Klubheime;

51 Kindertagesheime, Kindergärten und -krippen;

15 Kindererholungsheime;

10 Erholungsheime für Erwachsene, darunter 6 Mütterheime;

8 Lehrlingsheime;

5 Heime für durchreisende Wanderer und Obdachlose;

eine große Zahl fester Einrichtungen der örtlichen Kindererholungsfürsorge;

eine große Zahl von Altentagesstätten, Wärmestuben; 2 Erziehungsheime, darunter der pädagogische Modellversuch »Immenhof«;

eine große Zahl von Klubräumen und Werkstätten für erwerbslose Jugendliche;

6 gemeinnützig arbeitende Wirtschaftsbetriebe (z. B. die Schwerbeschädigtenwerkstätten in Altona, Waschanstalten, 1 Sackfabrik).

Illegal wurde, solange die Mittel es erlaubten und die Verhältnisse es zuließen, den betroffenen Familien tatkräftig geholfen. Über das Deutsch-ausländische Jugendwerk führten Dr. Ruth Weiland als Schatzmeisterin und Lotte Lemke als Schriftführerin illegal — bis 1936, als die Mittel zu Ende waren — Hilfsmaßnahmen der verschiedensten Art durch. So — zu Weihnachten 1933 — die Versendung von mehreren Hundert wertvoller Pakete an Familien Verfolgter, Kindererholungsaufenthalte, Erholungsaufenthalte für Erwachsene nach ihrer Haftentlassung; in Berlin-Reinickendorf wurde bis Ende 1935 ein Kindergarten unterhalten, der fast ausschließlich jüdische Kinder hatte. Das Deutsch-ausländische Jugendwerk fand für seine Arbeit auch die Unterstützung der in Deutschland arbeitenden englischen Quäker, was eine weitere Abschirmung, aber auch finanzielle Aufbesserung bedeutete. Schließlich mündeten alle organisierten Bemühungen in den persönlichen Kontakt und Beistand von Mensch zu Mensch, der das tausendjährige Reich überdauerte.



## 1945

7./8. Mai 1945: Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht.

Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie; Errichtung von vier Besatzungszonen, Einteilung Berlins in vier Sektoren.

Die Besatzungsmächte errichten für alle Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes betreffen, einen Kontrollrat, für Berlin die Alliierte Kommandantur.

Mit dem Zusammenbruch des Zweiten Weltkrieges brechen auch die staatlichen Verwaltungen zusammen; die Kommunen versuchen, dem sich abzeichnenden Chaos Einhalt zu gebieten. Die Situation erhält ihre Prägung durch einen wachsenden Flüchtlingsstrom aus dem Osten, durch das Heer der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, die heimatlos auf den Landstraßen herumirrenden Jugendlichen, durch den Mangel an Lebensmitteln, Textilien, Schuhen, Waschmitteln, Kohlen, an allen Dingen des täglichen Bedarfs. In die zerstörten Städte kehren die Evakuierten zurück, und Flüchtlinge suchen dort Unterschlupf bei Verwandten; das flache Land muß Millionen Flüchtlinge aufnehmen, vorwiegend sind es Frauen, Kinder und alte Menschen; viele kommen restlos ausgeplündert an.

Tauschhandel, Schwarzer Markt, Zigarettenwährung treten neben die legalen Formen des wirtschaftlichen Verkehrs und verschärfen die sozialen Spannungen zwischen den »Habenichtsen« und den Sachwertbesitzern. Die Flüchtlingslager und Notunterkünfte geben ein Dach über dem Kopf, sind aber überfüllt und primitiv.

Die gesundheitliche Lage ist gekennzeichnet durch eine hohe Sterblichkeitsziffer; die Säuglingssterblichkeit steigt bis auf 18 Prozent (z. B. in Hamburg). Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten nehmen besorgniserregend zu. Die Kriminalität steigt, besonders unter der Jugend, die keine Chance für Ausbildung, Lehre oder Arbeit hat.

### Das neue Beginnen der Arbeiterwohlfahrt.

Dies war die Situation, unter der die Arbeiterwohlfahrt wieder anfangen zu arbeiten. Allerorten, wo früher eine Arbeiterwohlfahrt bestanden hatte, nahmen die

ehemaligen Helfer und Helferinnen den Kampf gegen die unabsehbare Not jener Zeit auf. An anderen Orten waren es die mit dem Flüchtlingsstrom gekommenen Helfer aus dem Osten, die mit ihren Erfahrungen ihren Schicksalsgenossen Beistand leisteten. So drang die Arbeiterwohlfahrt jetzt auch in Gegenden ein, in denen sie vor 1933 nicht hatte Fuß fassen können. All dies geschah spontan, ohne jede Anweisung »von oben«. Die örtlichen AW-Ausschüsse und -Vereine schlossen sich auf Kreisebene zusammen, bald auch zu Bezirksausschüssen.

## 1946

### Wiedergründung des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt.

3./4. Januar: Robert Görlinger, aus der Emigration zurückgekehrt, Oberbürgermeister von Köln, berief gemeinsam mit Alfred Nau, dem späteren Schatzmeister der AW, zu einer vorbereitenden Sitzung zur Wiederbegründung des »Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt« ein.

Die Einladung erging an die inzwischen gebildeten Bezirksausschüsse der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszonen. In der sowjetisch besetzten Zone hatte sich unter kommunistischer Führung die »Volkssolidarität« gebildet, wodurch eine Neubildung der Arbeiterwohlfahrt unmöglich geworden war.

An der Sitzung nehmen Vertreter fast aller Bezirksausschüsse der britischen und amerikanischen Zone teil; die Vertreter aus der französischen Zone erhielten keine Ausreisevisa.

Es wird beschlossen:

1. Die Bildung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt. Zum Vorsitzenden wurde Oberbürgermeister Robert Görlinger, zum Schatzmeister Alfred Nau gewählt.

2. Die Bildung von 4 Fachausschüssen.

3. Organisatorisch soll sowohl der Form von Ausschüssen als auch der Mitgliederorganisation (Verein) Raum zur Entwicklung gegeben werden.

4. Die Herausgabe von Beitragsmarken durch den Hauptausschuß.

10. Mai: Lotte Lemke nimmt, vom Vorsitzenden Robert Görlinger berufen, ihre Tätigkeit als Hauptgeschäftsführerin wieder auf und errichtet in Hannover, Friedrichstraße 15, die Geschäftsstelle des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt.

1. Juli: Tagung des Hauptausschusses in Köln.

Lotte Lemke berichtet über den derzeitigen Stand der Organisation, wie er sich auf Grund ihrer Reisen und von schriftlichen Berichten erkennen läßt. Umfang und Intensität der Arbeit sind größer als vor dem Verbot. Die Arbeit vollzieht sich in einfachen Formen der Hilfe: Nähstuben, Schuster- und Tischlerwerkstätten; in ihnen arbeiten Flüchtlinge für Flüchtlinge. Frauen organisieren Wäschewaschen für Heimkehrer, nehmen sich der Kinder, der Kranken und Einsamen an.

In der amerikanischen und französischen Zone haben die AW-Bezirke Zonenausschüsse gebildet, um über die Verteilung der ausländischen Liebesgaben zu beschließen. Es wird noch während der Konferenz ein Zonenausschuß für die britische Zone gebildet, da nunmehr auch für sie Liebesgaben zu erwarten sind. Den in der amerikanischen und französischen Zone gebildeten Zentralkomitees zur Verteilung ausländischer Liebesgaben gehören Vertreter der Arbeiterwohlfahrt an. Für die britische Zone ist die Bildung eines entsprechenden Ausschusses zu erwarten.

Es wird beschlossen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Reichskonferenz abzuhalten.

Die Geschäftsstelle soll um die Herausgabe eines Mitteilungsblattes bemüht sein.

## 1947

4. März: Die Fachausschüsse

- (1) »Schulung und Fortbildung« und
- (2) »Anstaltswesen«  
tagen in Hannover.

Beschlüsse zu (1): Die Geschäftsstelle wird beauftragt, ein Merkblatt für die Ausbildung zu sozialen Berufen herauszugeben. Geeigneten unbemittelten Bewerbern soll die Ausbildung durch Gewährung von Studienloans ermöglicht werden. Die Bildung eines Studienfonds aus Beiträgen der Bezirke und durch Sonderaktionen wird empfohlen.

Die vor 1933 jährlich veranstalteten Pfingsttreffen sozialistischer Fürsorgerinnen und Fürsorger sollen wieder aufgenommen werden. In einer Zentralkartei sollen die sozialen Berufskräfte, die der AW nahestehen, erfaßt werden.

Die Geschäftsstelle des Hauptausschusses soll bemüht bleiben, für die Schulung und Fortbildung verantwortlicher Mitarbeiter zentrale Kurse zu veranstalten.

Beschlüsse zu (2): Die Schaffung von Heimen ist grundsätzlich Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Arbeiterwohlfahrt soll Heime nur unter folgenden Gesichtspunkten errichten:

Ausbildung des Berufsnachwuchses, Praktizierung ihrer pädagogischen Grundsätze, Spezialheime für Pionieraufgaben.

Die Notwendigkeiten der Gegenwart verlangen jedoch, daß der Rahmen nicht zu eng gezogen wird, wobei eine Beschränkung auf Heime und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche empfohlen wird.

3./5. Mai: Erste Reichskonferenz nach 1933 in Kassel-Harleshausen.

65 Delegierte aus der amerikanischen und britischen Zone. Wieder hatten die Vertreter der französischen Zone keine Ausreiseerlaubnis erhalten.

Dr. Lewinski überbringt die Grüße von Marie Juchacz und der von ihr ins Leben gerufenen Arbeiterwohlfahrt in New York, die Liebesgaben für die deutsche Arbeiterwohlfahrt sammelt.

Aus dem Geschäftsbericht (Lotte Lemke): Die Arbeiterwohlfahrt nach ihrer Neugründung ist — im Gegensatz zu früher — eine selbständige und unabhängige Organisation (nicht wieder eine an die SPD angeschlossene Gliederung). Sie bekennt sich zum demokratischen Sozialismus; in der Verfolgung ihrer wohlfahrts- und sozialpolitischen Ziele bejaht sie die gesellschaftspolitischen Grundsätze der SPD und arbeitet kameradschaftlich mit ihr zusammen. — Oberster Grundsatz der praktischen Arbeit ist nach wie vor, daß die AW ihre Hilfe ohne Ansehen politischer oder konfessioneller Zugehörigkeit gewährt.

Nächstes praktisches Ziel ist die Errichtung einer Wohlfahrtsschule der AW.

Die auf der Reichskonferenz gehaltenen Fachreferate behandelten

Gegenwartsprobleme der Jugendwohlfahrt, der öffentlichen Fürsorge, des Gesundheitswesens und Erziehungsfragen.

Beschlüsse:

Bildung von Ausschüssen für politisch und rassisch Verfolgte auf allen Organisationsstufen

Bildung eines Studienfonds für die Ausbildung zu sozialen Berufen

Schaffung einer eigenen Schwesternschaft

Schaffung einer Studentenhilfe an Hochschulorten

Annahme der neu formulierten Richtlinien der AW.

Wahlen zum geschäftsführenden Ausschuß (Vorstand):

1. Vorsitzender: Robert Görlinger, Köln; 2. Vorsitzende: Martha Fuchs, Braunschweig; Schatzmeister: Alfred Nau, Hannover;

Beisitzer: Minna Sattler, Dortmund, Jan Brüntink,

Frankfurt a. M., Fritz Ripp, Stuttgart, Aenne Zinke, Kassel, Max Engel, Hamburg.

(Der Vertreter der französischen Zone soll auf einer Zonenkonferenz gewählt und benannt werden.)

Mai: Es erscheint die Nr. 1 der »Mittellungen« des Hauptausschusses, die in loser Folge bis März 1948 herauskommen.

16. Juli: Der in Hannover tagende »Fachausschuß Jugendwohlfahrt« berät Probleme der Jugendverwahrlosung, in diesem Zusammenhang speziell die Entwürfe zu einer den Länderregierungen und Parlamenten vorliegenden Verordnung über Arbeitserziehung. Der Fachausschuß billigt die Entwürfe mit der Maßgabe, daß der Charakter als Notgesetz durch eine Befristung auf 5 Jahre hervorgehoben wird. Der Ausschuß wird Vorschläge für Ausführungsverordnungen erarbeiten.

In einer dringlich formulierten Stellungnahme werden alle Gliederungen der AW ersucht, über die Einhaltung der »Nenndorfer Richtlinien« (zum Schutze der aus der Ostzone einwandernden Jugendlichen und der heimatlosen Jugendlichen) seitens der Jugendämter zu wachen.

Der Ausschuß gibt ferner eine ausführliche Stellungnahme zur Frage der Subsidiarität bei der Errichtung von Kindergärten pp., die wie folgt schließt:

»Die nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg ungeheuer gesteigerte Jugendverwahrlosung erfordert eine umfassende Planung, die nur von der öffentlichen Jugendfürsorge ausreichend getroffen werden kann. Die erhöhte Frauen-Erwerbstätigkeit macht die Bereitstellung zahlreicher Tagesheimplätze für Säuglinge, Klein- und Schulkinder nötig. Die stärkere Verelendung der in diesen Tagesheimen aufzunehmenden Kinder stellt die Tagesheime vor viel umfassendere und tiefergehende Erziehungsaufgaben als früher und zwingt uns, ihre Bestimmung zu erweitern und sie

zu Erziehungszentren für die umliegenden Wohngemeinschaften zu machen.

*Die Tagesheime haben also heute eine zentrale sozialpädagogische Aufgabe zu übernehmen, die der unmittelbaren Führung und Verantwortung durch die öffentliche Jugendfürsorge und ihre Organe, die Jugendämter, bedarf.*»

26./29. September: Konferenz sozialistischer Fürsorgerinnen und Fürsorger in Vöhl (Hessen). 125 Teilnehmer aus den drei Westzonen und aus West- und Ost-Berlin setzen damit die traditionellen »Pfingsttreffen« fort. Sie beraten soziale Gegenwartsprobleme und Berufsfragen.

September: Errichtung einer psychosomatischen Klinik für heimkehrende Kriegsgefangene in Ulzen (Träger: Bezirksausschuß Hannover).

1. Oktober: Herausgegeben vom Ortsausschuß Bremen der Arbeiterwohlfahrt erscheint die erste Nummer der Zeitschrift »Neues Beginnen«. Verantwortlich zeichnet Frieda Paul.

November: Errichtung einer Schwesternschule (Träger: Hauptausschuß) in Verbindung mit der Nordseeklinik in Westerland a. Sylt (Träger: Bezirksausschuß Hamburg). Leiterin der Schwesternschule: Oberin Lucy von Romberg.

Die Ausbildung dauert 3 Jahre und orientiert sich an dem derzeitigen internationalen Status.

Dezember: Die Bezirksausschüsse der amerikanischen Zone gründen einen »Verein zur Unterhaltung eines staatlich anerkannten Seminars für Sozialberufe«.

## 1948

27./28. Januar: Der Hauptausschuß veranstaltet im Kinderheim Vöhl eine Arbeitstagung für die hauptamtlichen Kassierer der Bezirke mit dem Ziel einer einheitlichen Gestaltung des Finanzwesens

29. Februar/5. März: Zentraler Kursus für ehrenamtliche Helfer der örtlichen Erholungsfürsorge.

20. Mai: Das Seminar für Sozialberufe eröffnet in Karlsruhe seine Tätigkeit mit einem einjährigen Sonderlehrgang für Kriegsbeschädigte mit sozialpraktischer Erfahrung.

20. Juni: Nachdem der Plan einer gesamtdeutschen Währungsreform an Gegensätzen der Besatzungsmächte gescheitert war, kommt es zu einer Währungsreform in Westdeutschland auf der Grundlage 1:10.

21. Juni: Der »Immenhof« geht wieder in das Eigentum des Hauptausschusses über.

23. Juni: Die sowjetische Besatzungsmacht vorhängt über West-Berlin eine Blockade; die Westalliierten errichten eine Luftbrücke, über die alle lebensnotwendigen Güter nach West-Berlin eingeflogen werden. Das von Louise Schroeder, stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin, angeregte, von den Kommunen und den freien Wohlfahrtsverbänden unterstützte Hilfswerk Berlin fand ein großes Echo in den Westzonen. Mehr als 20 000 Kinder fanden noch während der Blockade einen Platz in Familien und Erholungsholmen im Westen.

Von der Geschäftsstelle des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Hannover aus nahm die Beauftragte des Hauptjugendamtes Berlin ihre Arbeit für das Hilfswerk auf.

12. Juli: Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt wird in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hannover eingetragen. Gründungsmitglieder sind: Robert Görlinger, Köln, Lotte Lemke, Hannover, Minna Sattler, Dortmund, Fritz Ripp, Stuttgart, Jan Brüntink, Frankfurt a. M., Max Engel, Hamburg, Aenne Zinke, Kassel.

August: Unter dem Titel »Probleme der Jugendwohlfahrt (Stellungnahme des Fachausschusses für Jugendwohlfahrt)« gibt der Hauptausschuß einen Sonderdruck heraus, der neben anderen Themen die Überlegungen der Arbeiterwohlfahrt zur Stellung und zum Aufgabenkreis der Jugendämter und zum Entwurf

einer RJWG-Novelle behandelt. U. a. wird ein Sozialministerium (Wohlfahrtsministerium) gefordert, das die Aufgaben der Jugendpflege und Jugendfürsorge »mit sämtlichen anderen Zweigen der sozialen Fürsorge« bearbeitet.

22. August: Tagung des Hauptausschusses in Vöhl. Beschlüsse (u. a.): Der Hauptausschuß soll in den Stand gesetzt werden, die Arbeiterwohlfahrt der französischen Zone finanziell zu unterstützen. Der am 18. 8. 1948 gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege wird die Arbeiterwohlfahrt beitreten. Die Lenkung der Ausbildung für soziale Berufe und die Gewährung von Stundendarlehen soll zentral durch den Hauptausschuß erfolgen.

1. September: Der Hauptausschuß errichtet das Jugendwerk Druhwald auf einem ehemaligen Marinegelände in der Lüneburger Heide. Heimatlose Jugendliche erhalten hier Gelegenheit zur Ausbildung in verschiedenen handwerklichen Berufen.

## 1949

2. Februar: Marie Juchacz kehrt aus der Emigration zurück (s. S. 15).

Juli, August, September: Drei internationale Sommerinstitute für Sozialpädagogen in Vöhl, unter maßgeblicher Mitwirkung des Unitarian Service Committee, Boston/USA.

23. Mai: Verkündung des Grundgesetzes.  
August: Erste Wahlen zum Bundestag.

September: Professor Dr. Theodor Heuss wird zum Bundespräsidenten, Dr. Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt.

Oktober: Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Arbeiterwohlfahrt gibt der Hauptausschuß im Selbstver-

lag eine Schrift »Arbeiterwohlfahrt 1919—1949« heraus.

### 9./12. Oktober: Reichskonferenz in Solingen

und auf Schloß Burg. Thema der öffentlichen Kundgebung: »Krise und Heilung des deutschen Gemeinschaftslebens«, Referent: Flüchtlingsminister Heinrich Albertz. Marie Juchacz wird zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Robert Görlinger tritt als Vorsitzender zurück, an seiner Stelle wird Heinrich Albertz gewählt. Robert Görlinger wird stellvertretender Vorsitzender, Alfred Nau Schatzmeister. Für die zurückgetretenen bzw. ausscheidenden Vorstandsmitglieder (Aenne Zinke, Fritz Ripp, Maria Detzel) werden Ida Wolff, Berlin, Marta Schanzenbach MdB, Gengenbach, und Bürgermeister Hans Segitz, Nürnberg, gewählt.

### 12. Oktober: Gründung der Schwesternschaft der Arbeiterwohlfahrt.

Erster Vorsitzender: Heinrich Albertz, stellvertretende Vorsitzende: Oberin Lucy von Romberg.

## 1950

Januar: Die Zeitschrift »Neues Beginnen« geht in die Herausgeberschaft des Hauptausschusses über.

27. Februar: Der Trägerverein des Seminars für Sozialberufe Karlsruhe beschließt seine Auflösung. Das Seminar wird fortan vom Hauptausschuß getragen. Es wird ein Beirat (Kuratorium) gebildet.

11. März: Tagung des Hauptausschusses in Kronberg. Beschlüsse, u. a.:

Regelung der Kontrollbefugnisse gegenüber den jeweils nachgeordneten Organisationsgliederungen.

In der Geschäftsstelle des Hauptausschusses wird eine Abteilung »Betreuung politischer Flüchtlinge« eingerichtet.

Mai: Erste Sammlung zum Deutschen Müttergenesungswerk.

28./29. Mai: Sozialarbeitertreffen der Arbeiterwohlfahrt in Bad Kissingen.

Mai: Der Hauptausschuß richtet im Lager Friedland eine Betreuungsstelle für Heimkehrer und für Aussiedler aus Ostländern ein.

26. Mai: Sitzung des Organisationsausschusses: EntschlieÙung, wonach Mitarbeit der KPD in den Gliederungen der AW nicht geduldet werden dürfe, weil damit das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus unglaubwürdig würde.

Juli, August: Vier internationale Sommerinstitute für Sozialpädagogen in Verbindung mit dem Unitarian Service Committee: in Berlin-Glienicke und in Lüdersen bei Hannover.

— Es erscheint das erste Jahrbuch nach dem Verbot.

— Die Schriftenreihe der Arbeiterwohlfahrt erscheint mit ihren ersten zwei Heften.

## 1951

10. Januar: Uraufführung des ersten Tonfilms der Arbeiterwohlfahrt »Neues Beginnen« im Turmhaus Hannover.

5. März: Der Bundesminister des Innern bestätigt dem Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt in Hannover, daß er die Nachfolgeorganisation der 1933 aufgelösten Arbeiterwohlfahrt ist.

13./14. Mai: Sozialarbeitertreffen der Arbeiterwohlfahrt in Hiddesen.

Juni: Das Seminar für soziale Berufe, Karlsruhe, wird nach Mannheim verlegt.

Juli, August, September: Drei internationale Sommerinstitute in Verbindung mit dem Unitarian Service Committee in Hiddesen.

Juli: Auf der großen Gesundheitsausstellung in Köln ist die Arbeiterwohlfahrt mit einem sehr eindrucksvollen Stand (soziale Krankheitssymptome unserer Gesellschaft) vertreten.

### 22./24. September: Reichskonferenz in Stuttgart.

Kundgebung im großen Haus der Württembergischen Staatsoper zum Thema: »Gedanken zur Überwindung der sozialpolitischen Restauration« (Heinrich Albertz). Interne Konferenz: Annahme der neu formulierten Richtlinien; Vorstandswahlen: Vorsitzender: Heinrich Albertz, stellvertretende Vorsitzende: Lotte Lemke, Schatzmeister: Alfred Nau.

11./12. November: Gründung des Internationalen Arbeiterhilfswerkes mit Sitz in Brüssel. Vorsitzender: Jan Luyten, Belgien, stellvertretende Vorsitzende: Rosa Leutenegger, Schweiz.

15. November: Hauptvorstand beschließt Beteiligung an der Hilfsaktion für Korea.

## 1952

1. Februar: Die Geschäftsstelle des Hauptausschusses übersiedelt in eigenes Haus nach Bonn.

4./5. April: Feierliche Eröffnung des neuen AW-Verbandshauses in Bonn in Verbindung mit einer Tagung des Hauptausschusses.

22./25. Mai: Sozialarbeitertreffen der Arbeiterwohlfahrt in Hiddesen.

Juni: Federführung für die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege geht an die Arbeiterwohlfahrt; den Vorsitz führt Lotte Lemke.

Juli, August, September: Vier internationale Sommerinstitute in Verbindung mit dem Unitarian Service Committee in Kempton, Stuttgart, Gelsenkirchen und Baden bei Bremen.

August: Einrichtung einer Betreuungsstelle im Lager Gießen in der Trägerschaft des Hauptausschusses.

August: Das psychosomatische Krankenhaus (Heimkehrerkrankenhaus) »Fischerhof« in Uelzen geht in die Trägerschaft des Hauptausschusses über.

August: Das dem Hauptausschuß gehörende Ludwig-Frank-Heim in Schönwald/Schwarzwald wird dem Bezirksverband Südbaden übereignet.

November: Zentrale Arbeitskonferenz für Sozialpädagogen in Hiddesen.

November: Errichtung einer Auswanderer-Beratungsstelle beim Hauptausschuß.

Dezember: Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Heuss rufen die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege unter dem Motto »Sieh dich um und hilf« zur »Deutschen Hilfe 1953« auf.

## 1953

12. März: Aufruf der Arbeiterwohlfahrt zur Solidaritätshilfe für die Flüchtlinge aus der Sowjetzone. Eröffnung der Hilfsaktion im Saal des Bundesrates in Bonn.

April/Mai: Sechswöchiges Internationales Seminar für Sozialpädagogen, unter gemeinsamer Trägerschaft von Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Unitarian Service Committee, Thema Social Groupwork.

14./17. Mai: Sozialarbeitertreffen in Vöhl.

1./2. September: Auf Einladung der Evangelischen Akademie Hemer trafen sich Vertreter der Inneren Mission mit Vertretern der Arbeiterwohlfahrt zur

Diskussion sozialer Fragen im Anschluß an ein von Lotte Lemke gehaltenes Grundsatzreferat über die AW.

September: Die Solidaritätsaktion für Sowjetzonenflüchtlinge erbrachte 176 000,— DM. Der Betrag wurde u. a. verwendet, um in 34 Durchgangslagern und 6 Wohnlagern Betreuungsstellen und Nähstuben einzurichten.

31. Oktober/3. November: Reichskonferenz in Berlin. Kundgebung in der Städt. Oper: Willi Eichler spricht über »Sozialismus als angewandte Ethik«.

Die Wahlen zum Vorstand bestätigen Heinrich Albertz als Vorsitzenden; zu stellvertretenden Vorsitzenden werden Lotte Lemke und Marta Schanzenbach, zum Schatzmeister Alfred Nau gewählt.

23. November: In Marl (Westfalen) wird die neue Schwesternschule in einem Festakt eröffnet.

November: Gründung des »Arbeitskreises soziale Fortbildung« in gemeinsamer Trägerschaft von Arbeiterwohlfahrt (Hauptausschuß) und Unitarian Service Committee. Ständiges Büro in Bremen. Leiterin: Ruth Bang.

## 1954

3./6. Januar: Sozialpädagogentreffen in Bad Meinberg.

15. März: Im AW-Haus in Bonn feiert Marie Juchacz ihren 75. Geburtstag.

15. Mai: Der Hauptausschuß verabschiedet auf seiner Tagung in Augsburg die von einem Sonderausschuß erarbeiteten »Richtlinien für die Gestaltung und Führung von Kinderheimen«. Es wird ausdrücklich betont, daß die Realisierung von der Pflegesatzgestaltung abhängig sein wird.

27./30. Mai: Sozialarbeitertreffen in Königstein (Taunus).

1. August: Der Fachausschuß »Ausbildung« verabschiedet Empfehlungen für das pflegerische Vorpraktikum des Sozialarbeiters (s. Neues Beginnen 1954 S. 162 ff.).

August: Der Fachausschuß »Jugendwohlfahrt« veröffentlicht im Neuen Beginnen Nr. 8/1954 Empfehlungen für die Aufstellung einer Jugendamtssatzung.

10. September: Heinrich Albertz tritt als Vorsitzender der Schwesternschaft zurück; an seine Stelle wird Lotte Lemke berufen.

September: Das erste Heft einer Reihe »Praxishefte der Arbeiterwohlfahrt« erscheint unter dem Titel »Richtlinien für die Planung und Gestaltung von Heimen der Arbeiterwohlfahrt«.

7./9. Oktober: Sozialpädagogentreffen in Fürstentagen bei Kassel.

22./27. November: Der Hauptausschuß veranstaltet seinen ersten Vorpraktikantenlehrgang in Stenden/Niederrhein.

## 1955

15. Januar: Der Fachausschuß Ausbildung verabschiedet »Richtlinien für das sozialpädagogische Vorpraktikum der Sozialarbeiter(innen) in den Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt« (s. Neues Beginnen 1955 S. 53 ff.).

3. Februar: Der Hauptvorstand akzeptiert einen Plan zur Ausbildung von 100 jungen heimatlosen Ausländern (DP's).

April: Der Fachausschuß Ausbildung veröffentlicht »Richtlinien für das sozialpädagogische Vorpraktikum der Sozialarbeiter(innen) in den Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt (Neues Beginnen Nr. 4/1955).

19./22. Mai: Sozialarbeitertreffen in Lübeck.

Juni: Eröffnung eines zentralen Schulungsheims in Iserlohn.

20. Juni: Der Hauptvorstand beschließt die Gründung einer dem Bundesverband angeschlossenen Arbeiterwohlfahrt im Saargebiet.

September: Der Hauptvorstand beschließt die Einrichtung eines pädagogisch-psychologischen und eines hauswirtschaftlichen Heimberatungsdienstes.

21./23. Oktober: Reichskonferenz in München.

Kundgebung im Residenztheater: Heinrich Albertz spricht über »Die freie Wohlfahrtspflege und die soziale Neuordnung«. Der Vorstand wird wiedergewählt.

28./31. Oktober: Sozialpädagogentreffen in Lübeck.

10. Dezember: Ein Brand vernichtet einen großen Teil des AW-Hauses in Bonn.

## 1956

Januar: Das dem Neuen Beginnen bisher beigelegte Blatt »Unsere Arbeit« erscheint als selbständige Monatschrift. Die Schriftleitung für beide Publikationen liegt bei Lotte Lemke.

28. Januar: Marie Juchacz †

10./13. Mai: Sozialarbeitertreffen in Goslar.

Juni: Der Hauptausschuß veröffentlicht im Neuen Beginnen einen Aufruf, Berliner Kinder während der Ferienzeit in westdeutsche Familien aufzunehmen.

9. Juni: Die beiden im Saargebiet bestehenden AW-Organisationen schließen sich zu einem Bezirksausschuß Saar zusammen, der in die westdeutsche Arbeiterwohlfahrt eingegliedert wird.

Juni: Die Federführung in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege geht zum zweiten Mal an die Arbeiterwohlfahrt. Den Vorsitz führt Lotte Lemke.

4./7. Oktober: Sozialpädagogen treffen in Iserlohn.

November: Der Hauptausschuß ruft zur Hilfe für die Opfer des ungarischen Befreiungskampfes auf. — Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle arbeiten in Wien zusammen mit der österreichischen »Volkshilfe«. Große Sendungen mit Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung konnten in einem Convoy von 32 Lastwagen der »Volkshilfe« noch in das brennende Budapest gebracht werden.

In der Bundesrepublik richten die AW-Gliederungen Plätze in ihren Heimen für die Aufnahme von Flüchtlingen ein, werben Familienplätze und stellen sich den Aufnahmelagern zur Verfügung. Eine Welle der Solidarität mit den ungarischen Flüchtlingen geht durch die ganze Arbeiterwohlfahrt.

10. November: Uraufführung des neuen AW-Films »Einer muß den Anfang machen« in Bonn.

## 1957

18. Februar: Hauptvorstand beschließt, ein Presseferat einzurichten.

März: »Reform der öffentlichen Erziehungshilfe«; Vorschläge eines Unterausschusses des Fachausschusses Jugendwohlfahrt (Heft 9 der Schriftenreihe der Arbeiterwohlfahrt).

April: Die vom Fachausschuß Ausbildung erarbeiteten »Empfehlungen zur Jugendpflegerausbildung« werden in Neues Beginnen Nr. 4/1957 veröffentlicht.

30. Mai/2. Juni: Sozialarbeitertreffen in Berlin.

20. September: Hauptvorstand beschließt Überweisung

von 10 000,— DM an Dr. Albert Schweitzer für Lambarone.

18./20. Oktober: Reichskonferenz in Hamburg.

Kundgebung im Festsaal des Rathauses; Lotte Lemke spricht über »Die freie Wohlfahrtspflege in den Wandlungen unserer Zeit«.

Vorstandswahlen:

Der engere Vorstand bleibt unverändert.

Dezember: Eröffnung des AW-Kinderhauses im Lager Friedland.

## 1958

3. Januar: Sonderkonferenz über Fragen der Hilfe für jugendliche Flüchtlinge. Im Laufe der letzten 2 Jahre sind 47 Stadtgruppen für junge SBZ-Flüchtlinge, Aussiedler und Ungarn neben den bestehenden Jugendgemeinschaftswerken errichtet worden. Die Eröffnung mehrerer Internate mit Förderschule für jugendliche Spätaussiedler steht bevor.

20. Februar: Hauptvorstand beschließt den Bau eines Schulgebäudes und eines Wohnheimes für die Ausbildung von Sozialarbeitern und Kindergärtnerinnen in Düsseldorf.

1. April: Dipl.-Psychologe Hans Pfaffenberger übernimmt die Leitung des Seminars für Sozialberufe — Mannheim. Frau Dr. Gerda Hajek-Simons, die das Seminar 10 Jahre geleitet hat, tritt in den Ruhestand.

15./18. Mai: Sozialarbeitertreffen in Stuttgart.

1. Juni: Erster Lehrgang zur Ausbildung von Altenpflegerinnen beginnt in Marl.

Juli: Das Internationale Arbeiterhilfswerk ruft zur Hilfe für Algerienflüchtlinge in Marokko und Tunesien auf. AW unterstützt die Aktion.

14./15. September: Die Generalversammlung des Internationalen Arbeiterhilfswerks wählt zum Präsidenten Jan Luyten, Belgien (Wiederwahl), zum Vizepräsidenten Lotte Lemke, Deutschland.

25./28. September: Sozialpädagogen treffen in Iserlohn.

November: »Überlegungen zu einem neuen Jugendhilferecht«, erarbeitet vom Fachausschuß Jugendwohlfahrt, erschienen in Neues Beginnen Nr. 11/1958.

## 1959

30. Januar: Zum Zwecke des Erfahrungsaustausches werden folgende Arbeitskreise aus verantwortlichen Mitarbeitern der Praxis gebildet: für Elternbildung, für Hauspflege, für Einrichtungen und Maßnahmen im Rahmen des Jugendaufbauwerks.

5. März: Konferenz mit Vertretern von Presse und Rundfunk zum Thema »Jugendkriminalität und Publizistik« (NEUES BEGINNEN Nr. 4/1959).

März: Für die algerischen Flüchtlinge in Tunesien wird eine große Textilsendung auf den Weg gebracht.

Mai: Der Hauptausschuß stellt für die Flutgeschädigten auf Madagaskar eine größere Geldsumme zur Verfügung.

5. Juni: Um einem in Nordrhein-Westfalen verlangten Erfordernis zu entsprechen, beschließt der Hauptvorstand die Abhaltung von Vorbereitungskursen zur Ablegung der schulwissenschaftlichen Prüfung für Bewerber um die Sozialarbeiterausbildung.

20. August: »Verantwortung für unsere Mischlingskinder«, Konferenz mit Vertretern der an der Berufseingliederung dieser Kinder interessierten Fachkreise

und der Presse in Frankfurt (Neues Beginnen Nr. 10/1959).

17./20. September: Reichskonferenz in Wiesbaden.

Kundgebung im Kurhaus: Festvortrag von Heinrich Albertz »Vierzig Jahre Arbeiterwohlfahrt«, Referat von Dr. Regina Kägi-Fuchsmann, Zürich, »Internationale Solidarität — eine Forderung unserer Zeit«.

Interne Konferenz: Annahme der neu formulierten Richtlinien; Annahme einer Empfehlung, als Organisationsform generell auf die Vereinsform umzustellen.

Wahlen zum Vorstand: Der engere Vorstand wird wiedergewählt.

Die Reichskonferenz verabschiedet:

Resolution zur Reform des Sozialhilferechts;  
Resolution zur Reform des Jugendhilferechts  
(Neues Beginnen Nr. 11/1959).

29. Oktober: Feier des zehnjährigen Bestehens der Schwesternschaft der Arbeiterwohlfahrt.

12. Dezember: Film »Kleine Leute — große Ferien« wird dem Hauptvorstand vorgeführt.

## 1960

Januar: Der Hauptvorstand erwirbt ein Grundstück in Rösrath, Bezirk Köln, um dort das erste therapeutisch-pädagogische Heim für männliche Jugendliche in der Bundesrepublik zu errichten.

19. Februar: Richtfest des »Marie-Judiacz-Hauses« (Höhere Fachschule für Sozialarbeit, Fachschule für Kindergärtnerinnen, Wohnheim) in Düsseldorf.

20. Februar: Die Hauptausschußkonferenz beschließt, einfache Projekte der Entwicklungshilfe in Indien zu fördern (Näherwerkstätten, Kindergärten).

22. April: Katastrophenhilfe für Agadir: Arbeiterwohlfahrt beteiligt sich mit 45 000,— DM an einer Aktion des Internationalen Arbeiterhilfswerks.

22./26. April: Sozialarbeitertreffen in Kassel.

Juni: Das zentrale Schulungsheim und das soziale Vorseminar übersiedeln von Iserlohn in das Haus Sommerberg in Rösrath, Bez. Köln.

August: Erdbebenkatastrophe in Chile: Der Hauptvorstand überweist 50 000,— DM zur Hilfe für die Opfer der Katastrophe.

August: Dank an Carel Nach 14jähriger Tätigkeit stellte die Care-Organisation ihre Hilfsarbeit für Deutschland ein. Spenden im Wert von 350 Millionen DM sind in dieser Zeit nach Deutschland gekommen. Im Namen der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege dankte Lotte Lemke dem Care-Präsidenten und seinen Mitarbeitern für die segensreiche Hilfe.

17. August bis 1. September: Veranstaltung von 2 Internationalen Seminaren in Zusammenarbeit mit dem Unitarian Service Committee in Rösrath und Bremen (s. Neues Beginnen Nr. 11/1960).

September: Der Hauptvorstand stellt — im Rahmen der Programme des Hohen Kommissars für Flüchtlinge — drei Eingliederungsberater für heimatlose Ausländer ein.

Das englische Hilfskomitee »British Aid for German Workers«, London, dem die Arbeiterwohlfahrt viel materielle und ideelle Hilfe verdankt, stellt seine Hilfstätigkeit ein. Das Restvermögen in Höhe von 14 000,— DM wird dem Immenhof zur Verfügung gestellt.

23. Oktober: Hauptausschußkonferenz lehnt in einer Resolution die Einführung eines Pflichtjahres für Mädchen ab.

24. Oktober: Festliche Eröffnung des Marie-Juchacz-Hauses in Düsseldorf. Dr. Hans Pfaffenberger, der mit dem Seminar für Sozialberufe von Mannheim in das neue Haus übersiedelt ist, wird mit der Gesamtleitung betraut.

15. Dezember: Vorstand und Hauptausschuß appellieren in einer Entschließung an den Bundestag, die Novelle zum RJWG zurückzuweisen, weil sie das Schwergewicht lediglich auf die freie Jugendhilfe legt und die Annahme der Novelle die notwendige umfassende Reform der Jugendhilfe auf lange Zeit verschieben würde.

## 1961

11. Februar: Katastrophenhilfe: Für die Opfer der »Ölpest« in Marokko stellt der Hauptvorstand als erste Hilfe 15 000,— DM bereit.

17. März: Konferenz: »Freie Wohlfahrtspflege und Gemeinden« im Frankfurter Rathaus. Auf Einladung des Hauptausschusses fanden sich Ländervertreter, Oberbürgermeister, Oberstadtdirektoren, Beigeordnete, Sozial- und Jugendamtsleiter zur Diskussion der Entwürfe zum Bundessozialhilfegesetz und zur Änderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes mit Vertretern der Arbeiterwohlfahrt zusammen.

April: Die Kinderpflegerinnenschule in Rösrath (Träger: Hauptausschuß) wird eröffnet. Leiterin: Elisabeth Gehrke.

14. April: In den Etat für 1961 werden Beträge als Startbeihilfen für die Inangriffnahme und Förderung neuer Arbeitsgebiete (Wandermütterschule, Offene Altenhilfe, Hauspflege) eingesetzt.

Mai: Die Arbeiterwohlfahrt übernimmt zum dritten Mal die Federführung für die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege unter dem Vorsitz von Lotte Lemke.

11./14. Mai: Sozialpädagogen treffen in Dortmund.

Juli: Das Jugendwerk Druhwald geht in die Trägerschaft des Landes Berlin über.

13. August: Berlin-Mauer! Auch die acht Kreisverbände der AW in Ost-Berlin mußten, nachdem ihre Geschäftsstellen widerrechtlich geschlossen worden waren, ihre Tätigkeit einstellen.

September/Oktober: Alle Betreuungsstellen der AW für Flüchtlinge in West-Berlin und in der Bundesrepublik haben die Zahl ihrer Mitarbeiter verstärkt, um der seit Juli einsetzenden Welle von Schutz- und Hilfesuchenden aus Ostdeutschland gewachsen zu sein. Bekleidungs- und umfangreiche Erholungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche konnten aus den eingegangenen Spenden finanziert werden.

Oktober: Für 15 000 algerische Flüchtlingskinder in Tunesien ist Sorge getroffen, daß sie von der Arbeiterwohlfahrt mit der landesüblichen warmen Winterkleidung (Chashabia) versorgt werden.

Das International Hulpwerk Amsterdam hat über die Arbeiterwohlfahrt 500 Kinder, deren Eltern aus Ost-Berlin und aus der DDR geflüchtet sind und die noch in Lagern leben, für 3 Monate in holländische Familien eingeladen.

## 5./8. Oktober: Reichskonferenz in Dortmund.

Kundgebung im Goldsaal der Westfalenhalle mit einem Vortrag von Professor Ludwig Preller zum Thema: »Freiheit und Verantwortung in der sozialen Arbeit«.

Wahlen: Der engere Vorstand bleibt unverändert.

8. Dezember: Der Hauptvorstand beschließt, daß ab 1962 Starthilfe für die Anstellung hauptamtlicher Kreisgeschäftsführer und hauptamtlicher Sozialarbeiter auf allen Organisationsstufen gegeben werden

sollen. Voraussetzung ist eine entsprechende Selbstbeteiligung der Verbandsgliederungen.

8./24. Dezember: An einer von der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege organisierten Studienreise nach Israel nehmen vier Vertreterinnen der Arbeiterwohlfahrt teil.

Dezember: Zur Förderung der Familienerholung soll eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeiterwohlfahrt und Naturfreunden gebildet werden.

## 1962

Februar: Das therapeutisch-pädagogische Jugendheim in Rösrath, Bezirk Köln, nimmt seine Arbeit auf.

Bergwerkskatastrophe in Völklingen (Saarland). Hochwasserkatastrophe in Hamburg und im norddeutschen Küstengebiet.

Alle Verbandsgliederungen beteiligen sich mit Geld- und Sachspenden und Bereitstellung von Freiplätzen in Heimen und Familien an den großen Hilfsaktionen für die Angehörigen der Todesopfer und obdachlos Gewordenen. Allein an Geldspenden für die Flutgeschädigten gingen 1,8 Millionen DM bei der Arbeiterwohlfahrt ein.

24. Februar: Hauptvorstand verabschiedet die vom Fachausschuß Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik erarbeiteten »Richtlinien und Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Arbeiterwohlfahrt und Kommunen«.

17. Mai: Die bisherige »Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege« ändert ihren Namen um in »Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege«.

18. Mai: Hauptausschuß beschließt den Ankauf eines Geländes mit aufstehendem Rohbau in Büdingen für die in gemietetem Hause in Uelzen stationierte Psychosomatische Kurklinik »Fischerhof«.

Hauptvorstand beschließt, die soziale Betreuung der türkischen Gastarbeiter zu übernehmen.

30. Mai/3. Juni: Sozialarbeitertreffen in Bad Godesberg.

28. Juni: Cralog stellt nach 16jähriger Tätigkeit seine Arbeit ein. In diesen Jahren sind mehr als 322 Millionen Kilogramm Liebesgaben in die Bundesrepublik gekommen; 88 Prozent davon Lebensmittel. Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege verabschiedeten die Vertreter von Cralog in feierlicher Form mit dem Dank an die amerikanischen Wohlfahrtsverbände, das amerikanische Volk und seine Regierung.

15. August: Der Hauptvorstand bewilligt Mittel für die Ausstattung eines Krankenhauses in Indien und für eine Tuberkuloseheilanstalt in Madagaskar.

Der Ortsausschuß Bremen erhält für das Gebiet des Landes Bremen den Charakter eines Landesverbandes.

September: Anlässlich der Erdbebenkatastrophe in Persien rufen die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (mit Ausnahme des Deutschen Roten Kreuzes) erstmalig gemeinsam zu Spenden auf ein gemeinsames Konto auf. Auch das Internationale Arbeiterhilfswerk überweist seinen Hilfsbeitrag auf dieses Konto.

6. Dezember: Zur Linderung der großen Not in Algerien zeichnen die Vertreter der Bezirks- und Landesverbände auf einer Hauptausschußkonferenz 30 000,— DM.

## 1963

18. Februar: Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zum Verfassungsrechtsstreit über BSHG und JWG, erarbeitet von den Fachausschüssen »Jugendwohlfahrt« und »Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik«.

23./26. Mai: Sozialpädagogentreffen in Düsseldorf.

5. Juni: Hauptvorstand beschließt, das von unserer französischen Bundesorganisation erbaute Altenheim für Exilspanier mit einem namhaften Betrag zu unterstützen.

Die Errichtung einer Pflegehelferinnenschule in Kamen wird beschlossen.

Oktober: Eröffnung des ersten Kulturzentrums für türkische Arbeiter in Köln.

18. Oktober: Deutsch-französisches Jugendwerk: Lotte Lemke wird als Mitglied des Kuratoriums berufen.

26./30. Oktober: Reichskonferenz in Berlin.

Öffentliche Kundgebung: »Für und gegen den Wohlfahrtsstaat«. Sprecher: Staatssekretär Ernst Michanek, Stockholm, und Staatsminister Heinrich Hemsath, Wiesbaden.

Wahlen zum Vorstand: Der engere Vorstand bleibt unverändert.

## 1964

31. Januar: Der Hauptvorstand beschließt, daß die Arbeiterwohlfahrt ihre bestehende Zusammenarbeit mit französischen Jugend- und Kulturorganisationen künftig im Rahmen des Deutsch-französischen Jugendwerkes durchführt und ausbaut.

Die Arbeiterwohlfahrt beteiligt sich mit einem Betrag von 10 000,— DM am Theodor-Heuss-Mütterheim in Israel.

März: »Grundsätze für die Übertragung von Jugendamtsaufgaben an freie Verbände«, erarbeitet vom Fachausschuß Jugendwohlfahrt (Neues Beginnen Nr. 3/1964).

6./9. Mai: Sozialarbeitertreffen in Berlin.

24. Juli: Freiwilliges soziales Jahr: Eine Sonderkonferenz von Vertretern der Landes- und Bezirksverbände verabschiedet »Grundsätze für die Durchführung des freiwilligen sozialen Jahres« (Unsere Arbeit 1964, S. 72).

September: »Zur Neuordnung der sozialpädagogischen Ausbildungswege für Kindergärtnerinnen, Heimerzieher und Jugendleiterinnen«. Stellungnahme des Fachausschusses »Ausbildung« (Neues Beginnen Nr. 9/1964).

30. Oktober: Eröffnung der Psychosomatischen Kurklinik »Fischerhof« in Büdingen.

Dezember: Dr. Christa Hasenclever wird zur Ersten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge gewählt.

## 1965

7. April: Hauptvorstand spendet für Zyklongeschädigte in Madagaskar 20 000,— DM.

8. April: Hauptausschußkonferenz beschließt, daß ab Januar 1966 Neues Beginnen in anderem Gewande und als reine Fachzeitschrift herauskommen soll. Die Zeitschrift Unsere Arbeit erhält vom gleichen Zeitpunkt ab vier Seiten mehr und erscheint in verstärkter Auflage.

8. April: Oberin Lucy von Romberg †

April: »Zur Neuordnung der sozialpädagogischen Ausbildung«. Stellungnahme des Fachausschusses »Ausbildung« (Neues Beginnen Nr. 4/1965).

26./30. Mai: Sozialpädagogentreffen in Hamburg.

23./27. Oktober: Reichskonferenz in Nürnberg.

Öffentliche Kundgebung: Dr. Heinz Potthoff »Die Freizügigkeit arbeitender Menschen in Europa — soziale Folgen und Konsequenzen der internationalen Mobilität«.

Interne Konferenz: Verabschiedung der neu formulierten Richtlinien und Mustersatzungen für alle Verbandsgliederungen. Ab sofort heißen die Ortsausschüsse Ortsvereine; die regionalen Gliederungen Kreis- bzw. Bezirks- bzw. Landesverbände, der Hauptausschuß heißt Bundesverband.

Wahlen zum Bundesvorstand: Anstelle des zurückgetretenen Vorsitzenden Heinrich Albertz wird Lotte Lemke gewählt; zu stellvertretenden Vorsitzenden Marta Schanzenbach und Willy Könen.

## 1966

Januar: Das noch junge Arbeitsgebiet Altenerholung erfährt eine beachtliche Entwicklung. Von 1962—1965 stieg die Zahl der Teilnehmer an Erholungsmaßnahmen der Arbeiterwohlfahrt von 11 525 auf 77 912.

5. März: Der Bundesausschuß akzeptiert die vom Arbeitskreis Hauspflege erarbeiteten Vorlagen von Richtlinien für Hauspflegerinnen und eines Merkblattes für Familien.

14. März: Der Bundesvorstand beschließt die Errichtung einer dreijährigen höheren Fachschule für Sozialpädagogen; sie soll dem Marie-Juchacz-Haus angegliedert werden, das dafür baulich erweitert werden muß.

25./26. März: Der Fachausschuß Jugendwohlfahrt verabschiedet einen Beispielkatalog: Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche (Neues Beginnen 1966, S. 108 ff.).



2./8. April: Erste deutsch-englische Jugendbewegung in Osnabrück. Diskussionsthema: Die Systeme der Jugendarbeit in England und in der Bundesrepublik.

30. Juni: Der Bundesvorstand beschließt die Herausgabe einer Plakette mit dem Reliefporträt von Marie Juchacz zur Ehrung von Persönlichkeiten, die sich um die Arbeiterwohlfahrt verdient gemacht haben.

21. Juli: Uraufführung des neuen AW-Films »Heute für morgen«.

20. August: Beginn eines dreimonatigen Lehrgangs für Mitarbeiter in Kreis- und Bezirksgeschäftsstellen.

20. August: Schweres Erdbeben in der Türkei. Arbeiterwohlfahrt stellt als erste Hilfe 90 000,— DM zur Verfügung.

21. September: Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Unehelichengesetzes, vom Fachausschuß Jugendwohlfahrt erarbeitet (Neues Beginnen 1966, S. 176 ff.).

## 1967

20. Januar: Sozialenquete: Der Fachausschuß »Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik« verabschiedet eine Stellungnahme (Neues Beginnen 1967, S. 42 ff.).

22. Februar: Richard Haar wird per 1. April 1967 zum Bundesgeschäftsführer berufen.

20. März: Der Arbeitskreis Kinderhilfe verabschiedet eine Stellungnahme »Heutige Erfordernisse auf dem Gebiet der Tageseinrichtungen für Kinder«.

Bilanz von 10 Jahren Mädchenbildungsarbeit: An 1008 Mädchenbildungsseminaren nahmen 23 674 junge Mädchen teil.

April: Zur Erinnerung an ihre verstorbene erste Verbandsoberrin ändert die Schwesternschaft der Arbeiterwohlfahrt ihren Namen um in »Lucy-Romberg-Schwernerschaft der Arbeiterwohlfahrt«.

12. Mai: Der türkische Ministerpräsident empfängt im Hotel Vierjahreszeiten in München Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt zu einer Information über die soziale Betreuung türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

22. Juni: Israelisch-arabischer Krieg. Der Bundesverband ruft zur Hilfe für Mütter, Kinder und alte Menschen in Israel auf. Das Ergebnis, 100 000,— DM, wurde der Kinder- und Jugend-Alijah übergeben.

September: Der AW-Film »Heute für morgen« erhält bei den V. Internationalen Arbeiterfilmwochen den zweiten Preis.

## 26./30. Oktober: Bundeskonferenz in Essen.

Öffentliche Kundgebung: »Die Zukunft der sozialen Hilfen — Jugend- und Sozialhilfe zwischen Rezession und Reform«, Referent: Beigeordneter Otto Fichtner.

Interne Konferenz: Die Bundeskonferenz lehnt eine Änderung des Verbandsnamens ab. Sie verabschiedet Entschlüsse zu einzelnen Bestimmungen des BSHG und JWG zur Wohnraumversorgung alter Menschen.

Wahlen zum Bundesvorstand: Der engere Vorstand wird wiedergewählt.

Dezember: Es erscheint die »Denkschrift der Arbeiterwohlfahrt zur Reform des Jugendwohlfahrtsrechtes, des Jugendgerichtsgesetzes und der Vormundschaftsgerichte«. Es handelt sich um den ersten Teil der Arbeitsergebnisse der Sonderkommission Jugendrechtsreform, die eine umfassende Konzeption für ein umfassendes Jugendhilfegesetz vorlegen will.

## 1968

Januar: Der Bezirksverband Nordwest beschließt seine Auflösung; er wird in den Bezirksverband Hannover eingegliedert.

März: Der Fachausschuß »Ausbildung« legt »Vorschläge für eine Begabtensonderprüfung zum Studium an künftigen Akademien für Sozialarbeit und für Sozialpädagogik« vor.

April: Wehersatzdienst: Z. Z. sind 180 Dienstpflichtige in Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt tätig.

April: Der Bundesvorstand beschließt die Pachtung eines Hauses in Niederbieber zur Errichtung eines zentralen Schulungsheimes.

Mai: Im Rahmen der Familienerholung werden in diesem Sommer 17 familienpädagogische Freizeiten stattfinden.

17. Mai: 20 Jahre Höhere Fachschule für Sozialberufe. Aus diesem Anlaß findet im Marie-Juchacz-Haus in Düsseldorf eine Feierstunde statt.

18./22. Mai: Sozialarbeitertreffen in Braunschweig.

Juni: Unter dem Titel »Grundsätze und Empfehlungen der Arbeiterwohlfahrt zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden« veröffentlicht der Bundesverband eine Schrift, die unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 1967 zum BSHG und JWG die Grundsätze und Empfehlungen der Arbeiterwohlfahrt zur Zusammenarbeit mit den Kommunen umreißt.

27. September: Vorstand und Bundesausschuß fassen eine EntschlieÙung, in der sie — in Ergänzung zur mittelfristigen Finanzplanung — eine mittelfristige Sozialplanung fordern.

27. September: Der Fachausschuß »Jugendwohlfahrt« verabschiedet eine Stellungnahme zur Rechtsstellung der Kinder geschiedener und getrennt lebender Eltern.

1. Oktober: Festliche Eröffnung der Höheren Fachschule für Sozialpädagogik im Marie-Juchacz-Haus in Düsseldorf (der Schulbetrieb begann bereits Ostern 1968).

November: In den fünf Jahren des Bestehens des Deutsch-französischen Jugendwerkes haben über die Arbeiterwohlfahrt und ihre französischen Partnerorganisationen annähernd 15 000 Deutsche und Franzosen an den verschiedenen Programmen (Ferienfreizeiten, Familienunterbringung mit Gruppenprogrammen, Familienerholung, Sprachkurse, Studienreisen, Seminare usw.) teilgenommen.

22. November: Der Fachausschuß »Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik« verabschiedet Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle zum BSHG.

Dezember: Annähernd 200 000 Menschen — davon 120 000 Kinder und Jugendliche, 25 000 alte Menschen, 15 000 Mütter sowie zahlreiche Familien und Einzelpersonen — haben 1968 an Ferienmaßnahmen der Arbeiterwohlfahrt teilgenommen.

## 1969

19. Januar: In Madras eröffnet Lotte Lemke in Gegenwart von hohen Regierungsvertretern die nach ihr benannte »Lotte Lemke School of Arts and Crafts«. Träger ist die private Wohlfahrtsorganisation Stree Sheva Mandir, die von der Arbeiterwohlfahrt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in ihren Bemühungen, junge Witwen, verlassene Frauen und Mädchen aus ärmsten Familien zu qualifizierter Arbeit auszubilden, unterstützt wird.

7. Februar: Der Arbeitskreis Kinderhilfe verabschiedet das 2. Praxisheft zur Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen.

28. Februar: Der Fachausschuß »Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik« verabschiedet eine Stellungnahme zum Bildungsurlaub. Die Arbeiterwohlfahrt hält die Einbeziehung auch der freien Organisationen der Jugend- und Sozialarbeit in das geplante Gesetz für notwen-

dig, Staat und Kommunen sind weder organisatorisch noch finanziell in der Lage, Jugend- und Sozialarbeit allein zu leisten, und können auf die Mitwirkung ehrenamtlicher Mitarbeiter der freien Verbände nicht verzichten. Ein bezahlter Bildungsurlaub würde Vorbereitung und Mitwirkung ehrenamtlicher Mitarbeiter erleichtern.

März: »Empfehlungen zur Planung, Einrichtung und Führung von Altenbegegnungsstätten« erscheinen als Nr. 11 der AW-Praxishefte.

März: Ziviler Ersatzdienst: Der Bundesvorstand bemüht sich um Modifizierung des Anerkennungsver-

fahrens und um Ausweitung des Ersatzdienstes auch auf offene Sozialaufgaben.

11./14. März: Sozialpädagogentagung in Mainz.

Mai: Der Bundesverband schreibt aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens für alle Kinder und jungen Menschen in den Heimen, Tagesstätten und Gruppen einen musischen Wettbewerb aus. Thema: Anderen helfen.

Juni: Die Arbeiterwohlfahrt übernimmt die Betreuung jugoslawischer Arbeiter in der Bundesrepublik. — In die Berichtskommission für den 3. Jugendbericht wird Dr. Christa Hasenclever als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

## Bibliographie

### A. Veröffentlichungen der Arbeiterwohlfahrt 1919 bis 1933

#### Periodika

1. Arbeiterwohlfahrt, Zeitschrift. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin, 1.—8. Jg., Okt. 1926—Mai 1933. (Erscheinungsweise 14täglich.)
2. Geschäftsbericht — Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt im Geschäftsjahr ... Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1926, 1927, 1928.
3. Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1930, 1931.

*Das Kleine Lehrbuch* — Schriftenreihe — Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin

4. Band 1  
Otto Krebs: Straffälligenfürsorge. o. J. 71 S.
5. Band 2  
Hanna Hellinger: Ratgeber für unsere Helfer in der öffentlichen Wohlfahrtspflege. o. J. 106 S.
6. Band 3  
Margarete Trapp: Der Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer und der Kinder bei der gewerblichen Arbeit. o. J. 33 S.

7. Band 4  
S. Drucker: Alkoholismus und Arbeiterwohlfahrt. 1927. 30 S.
8. Band 5  
Hans Nathanson: Die Fragen der pädagogischen Fürsorge an Eltern und Kindern. 1930. 99 S.
9. Band 6  
Hans Maier: Gegenwartsfragen des Fürsorgerechts. o. J. 46 S.
10. Band 7  
Herman Kranold-Steinhaus: Wohlfahrtspflege auf dem Lande. 1930. 128 S.
11. Band 8  
Paul Gerlach: Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtspflege. 1930. 63 S.
12. Band 9  
Ernst Wienold: Offene und örtliche Erholungsfürsorge. 1931. 101 S.

#### Einzelveröffentlichungen

13. Die wichtigsten Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes vom 30. März 1903. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin o. J. 12 S.
14. Marie Juchacz: Arbeiterwohlfahrt. Gründung und Richtlinien. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Der Bundesverband dankt Herrn Fritz Ripp für seine Hilfe bei der Vorsichtung des der Chronik zugrunde liegenden umfangreichen Materials.

fahrt e. V., Berlin. Aus Nr. 25 der »Gleichheit« vom 19. Juni 1920. 2 S.

15. Hans Wingender: Was muß jeder freie Gewerkschaftler von der Arbeiterwohlfahrt wissen? Eine Denkschrift unter besonderer Berücksichtigung der Kölner Verhältnisse. Verlag des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt, Köln 1924. 16. S.

16. Zweite Reichskonferenz des Hauptausschusses, der Bezirks-, Kreis- und Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt am 12. September 1924 in Hannover im Beethovensaal der Stadthalle. Konferenz des Hauptausschusses und der Bezirksvertreter am 4. Januar 1925 in Berlin. o. J. 40 S.

17. Hermann Heimerich: Die Zusammenarbeit der öffentlichen Fürsorge mit der privaten Fürsorge und den Trägern der Sozialversicherung (Grundlagen für ein Programm sozialistischer Wohlfahrtspflege). Referat, gehalten auf der Reichstagung der Arbeiterwohlfahrt am 12. bis 13. September 1924 in Hannover. 11 S.

18. Marie Juchacz/Johanna Heymann: Die Arbeiterwohlfahrt. Voraussetzungen und Entwicklung. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin (1924). 236 S.

19. Hans Wingender: Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt auf dem Gebiete des Anstaltswesens. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1925. 24 S.

20. Die Arbeiterwohlfahrt. Reichssitzung Berlin 6. Dezember 1925. o. J. 32 S.

21. Die Arbeiterwohlfahrt in der kleinen Stadt und auf dem Lande. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1926. 15 S.

22. Sozialismus und Bevölkerungspolitik. Tagung in Jena am 25. und 26. September 1926. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin. o. J. 103 S.

23. Reichstagung der Arbeiterwohlfahrt am 29. und 30. Mai 1927 in Kiel im Gewerkschaftshaus. Bericht. 1927. 75 S.

24. Lehrbuch der Wohlfahrtspflege. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1927. 435 S.; 2. Aufl. 1930, 492 S. Inhalt: Flanna Colm: Einführung in die Fragen der Volkswirtschaftslehre. Hedwig Wachenheim: Einführung in Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege. Helene Simon: Voraussetzung, Entwicklung und Begriff der Wohlfahrtspflege. Luise Schroeder: Begriff und Werden der Sozialpolitik. Luise Schroeder: Arbeitsschutz. Luise Schroeder: Sozialversicherung. Martha Eva Prochownik: Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Dorothea Hirschfeld: Das geltende Fürsorgerecht. Walter Friedländer: Jugendrecht und Jugendwohlfahrt. Hans Maier/Walter Friedländer: Aufbau und Aufgaben der Wohlfahrts- und Jugendämter. Laura Turnau (2. Aufl. Berthold Rodewald): Gesundheitsfürsorge. Carl Mennicke: Sozialpädagogik und Volksbildung. Marie Juchacz: Die Arbeiterwohlfahrt.

25. W. Hölken: Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Vortragsdisposition. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1927. 14 S.

26. Hedwig Wachenheim: Republik und Wohlfahrtspflege. Eine Rededisposition. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1927. 13 S.

27. Hertha Kraus: Fürsorge für Alte. Vortragsdisposition. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1927. 14 S.

28. Alfred Kantorowicz: Die Mitwirkung des Volkes an der Strafrechtspflege. Eine Vortragsdisposition. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1927. 14 S.

29. Hagemann: Die Landfrau und die Wohlfahrtspflege. Eine Rededisposition. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1927. 14 S.

30. Fürsorgeerziehung und Arbeiterwohlfahrt. Drei Vorträge über dieses Thema. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1927. 50 S.

31. A. V. Knack/Max Quarck: Das Reichsgesetz zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und seine praktische Durchführung. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1928. 82 S.

32. Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtspflege. Zwei Vortragsrichtlinien. Theodor Leipart: Für Erhaltung der Arbeitslosenversicherung. Michel: Arbeitslosenversicherung und Gemeinden. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin 1931/32. 30 S.

33. Hedwig Wachenheim: Die Wohlfahrtspflege im Winter 1931/32. Berlin. o. J. 43 S.

## B. Veröffentlichungen ab 1945

### Periodika

*Periodika des Bundesverbandes\* der Arbeiterwohlfahrt.*

34. Neues Beginnen. Zeitschrift der Arbeiterwohlfahrt für Theorie und Praxis der sozialen Arbeit. 1947 ff. (Hrsg.: Okt. 1947—Dez. 1949 Arbeiterhilfswerk Bremen, Ortsausschuß der Arbeiterwohlfahrt. Erscheinungsweise 1947—1949 14täglich; 1950—1965 Monatsschrift; ab 1966 Zweimonatsschrift).

35. Unsere Arbeit. Das Blatt für die Helfer, Förderer und Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt. 1956 ff. (Monatsschrift).

36. Die Arbeiterwohlfahrt. Jahrbuch. 1949/1950 ff. (erscheint jährlich).

37. Kleiner Kunstkalender der Arbeiterwohlfahrt. 1951 ff. (erscheint jährlich).

38. Pressenachrichten. 1957—1962. (Erscheinungsweise: unregelmäßig).

39. AW-Pressedienst. 1966 ff. (Erscheinungsweise: wöchentlich).

40. Türkdanis-Informationen. 1967 ff. (Erscheinungsweise: unregelmäßig).

*Periodika von Landesverbänden der Arbeiterwohlfahrt*

41. Almanach für hilfsbereite Menschen. Kalender-

jahrbuch. Hrsg.: Landesausschuß der AW Baden-Württemberg, Stuttgart 1950 ff. (erscheint jährlich). 42. Der Mensch braucht den Menschen. (Früher: Mensch sein heißt helfen.) Jahrbuch. Hrsg.: AW Landesverband Bayern, München 1945, 1951 ff. (erscheint jährlich).

43. Der Helfer. Monatsschrift der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern. Hrsg.: AW Landesverband Bayern, München 1947 ff.

44. Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin. Hrsg.: AW der Stadt Berlin. 1950 ff. (erscheint alle 2 Jahre).

*Schriften der Arbeiterwohlfahrt.*

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (bis 1965 Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt)

45. Heft 1

Ludwig Preller: Sozialer Haushalt und Gesamtwirtschaft. Hannover o. J. 15 S.

46. Heft 2

Auf neuen sozialpädagogischen Wegen. Über die Zusammenarbeit der Arbeiterwohlfahrt mit dem Unitarian Service Committee. Hannover o. J. 23 S.

47. Heft 3

Christa Hasenclever: Zur Neugestaltung der Sozialarbeiterausbildung. Bonn (1952). 24 S.

48. Heft 4

Hugo Freund: Entwicklungstendenzen der Gesundheitspolitik. Bonn 1953. 27 S.

49. Heft 5

Lotte Lemke: Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung. Die Grundlagen der Arbeiterwohlfahrt. Referat, gehalten auf der Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 1953 in Berlin. Bonn 1954. 18 S.

50. Heft 6

Wege zu vertiefter Einzelhilfe. Ruth Bang: Die dynamische Psychologie als Hilfe für das fürsorgliche Gespräch. Erna Maraun: Wie kann man in der Familienfürsorge auch heute schon intensive Einzelhilfe leisten? Bonn 1955. 26 S.

\* Von 1946—1965 des Hauptausschusses.

51. Heft 7

Emma Steiger: Altersprobleme. Wesen und Stellung des alten Menschen mit Beispielen aus der Altershilfe in zahlreichen Ländern. Bonn 1954. 64 S.

52. Heft 8

Jugendfragen unserer Zeit. Referate und Arbeitsgruppenberichte vom AW-Sozialarbeitertreffen 1955 vom 19. bis 22. Mai in Lübeck. Bonn 1955. 50 S.

53. Heft 9

Reform der öffentlichen Erziehungshilfe. Vorschläge und Forderungen der Arbeiterwohlfahrt. Bearbeitet von Christa Hasenclever. Bonn 1957. 40 S.

54. Heft 10

Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 1957 in Hamburg. Lotte Lemke: Die freie Wohlfahrtspflege in den Wandlungen unserer Zeit. Vortrag. Sowie Arbeitsberichte von Fritz Ripp, Christa Hasenclever, Alfred Moritz, Margot Paazig. Bonn 1957. 48 S.

55. Heft 11

Der Anspruch der Jugend auf Erziehung in einem sozialen Rechtsstaat. Referate und Arbeitsgruppenberichte vom AW-Sozialarbeitertreffen 1958. 15. bis 18. Mai in Stuttgart. Bonn 1958. 54 S.

56. Heft 12

Vierzig Jahre Arbeiterwohlfahrt. Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 1959 in Wiesbaden. Bonn 1959. 45 S.

57. Heft 13

Regina Kägi-Fuchsmann: Solidarität über Grenzen. Vortrag auf der öffentlichen Schlußkundgebung der Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 1959 in Wiesbaden. Bonn 1959. 15 S.

58. Heft 14

Sozialarbeit und Strafrechtsreform. AW-Sozialarbeitertreffen 1962 — 30. Mai bis 3. Juni in Bad Godesberg. Referate und Arbeitsgruppenberichte. Bonn 1962. 48 S.

59. Heft 15

Walter Friedländer: Helene Simon. Ein Leben für soziale Gerechtigkeit. Bonn 1962. 90 S.

60. Heft 16

Für und gegen den Wohlfahrtsstaat. Referate der Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 1963. 26. bis 30. Oktober in Berlin. Bonn 1963. 44 S.

61. Heft 17

Der junge Mensch vor Gericht. AW-Sozialarbeitertreffen 1964 vom 7. bis 9. Mai in Berlin. Bonn 1964. 54 S.

62. Heft 18

Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 1965 vom 24. bis 27. Oktober in Nürnberg. — Heinz Potthoff: Die Freizügigkeit der arbeitenden Menschen in Europa. Lotte Lemke: Die Arbeiterwohlfahrt in der Berichtszeit. Bonn 1966. 61 S.

63. Heft 19

Offene Hilfen in der Jugend- und Sozialarbeit. AW-Sozialarbeitertreffen 1966 vom 19. bis 21. Mai in Bad Godesberg. Referate und Diskussionsergebnisse. Bonn 1966. 51 S.

64. Heft 20

Grundsätze und Empfehlungen der Arbeiterwohlfahrt zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Bonn 1968. 28 S.

65. Heft 21

Heinz Schneider: Die Mitarbeit im Jugendwohlfahrtsausschuß — dargestellt im Rahmen einer Einführung in die Jugendhilfe. Bonn 1968. 110 S.

66. Heft 22

Vorschläge für ein verbessertes und erweitertes Jugendhilferecht. (In Vorbereitung.)

*AW-Praxishefte*

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (bis 1965 Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt)

67. Nr. 1

Richtlinien für die Planung und Gestaltung von Heimen der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1956. 42 S.

68. Nr. 2

Die Aufgaben des Jugendamtes nach dem Reichs-

jugendwohlfahrtsgesetz in der Fassung vom 28. August 1953. Bonn 1954. 16 S.

69. Nr. 3

Herta Schröder: Ferienerholung für das Schulkind unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Erholungsfürsorge. Bonn 1955. 31 S.

70. Nr. 4

Karl-Heinz Rewoldt: Kleiner Wegweiser für Vormünder und Pfleger. Bonn 1957. 48 S.

71. Nr. 5

Friedrich Mandelkow: Leitfaden für Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1958. 40 S.

72. Nr. 6

Kleine Gesetzessammlung für die Sozialarbeit. 4. Aufl. Bonn 1967. 352 S.

Titel der 1. Aufl.: Kleine Sammlung fürsorgerechtlicher Gesetze. Bonn 1959. 244 S.

2. Aufl. Bonn 1962, 287 S.

3. Aufl. Bonn 1963, 304 S.

5. Aufl. (in Vorbereitung).

73. Nr. 7

Mädchenbildung. Organisation, Thematik, Methodik, Hilfsmittel, Rededisposition. Bonn 1967. 32 S.

74. Nr. 8

Spiele in der Gruppe. Gymnastik, Sport, Quiz, Literatur. Bonn 1967. 89 S.

75. Nr. 9

Kinder- und Jugendgruppen (1). Grundsätze und Rechtsgrundlagen. Bonn 1967. 51 S.

76. Nr. 10

Ausbildung zu sozialen Berufen. Voraussetzung, Förderung, Berufsaussichten. Bonn 1967. 79 S.

77. Nr. 11

Empfehlungen zur Planung, Einrichtung und Führung von Altenbegegnungsstätten (Altentagesstätten). Bonn 1969. 20 S.

78. Nr. 12

Zur Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen (2).

Grundsätzliches und Methodisches mit praktischen Anregungen. Bonn 1969.

79. Nr. 13

Kinder- und Jugenderholung. Bonn 1969. (In Vorbereitung.)

*Einzelveröffentlichungen*

80. Mitteilungen an die Mitarbeiter- und Helferschaft der Arbeiterwohlfahrt. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hannover. Nr. 1 bis 7/1947, Nr. 1 bis 2/3/1948. o. Szlg.

81. Arbeitsbriefe. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hannover.

Nr. 1 — Jugendwohlfahrt 1: Pflegekinderwesen. 1947. 4 S.

Nr. 2 — Jugendwohlfahrt 2: Schutzaufsicht. o. J. 7 S.

Nr. 3 — Gesundheitsfürsorge 1: Betrieb und Einrichtung von Kindererholungsheimen. o. J. 4 S.

82. Arbeiterwohlfahrt — Aufgabe, Ziel und Aufbau. Zusammengestellt von Willi Wolff. o. J. 13 S.

83. Die örtliche Erholungsfürsorge. Erfahrungen und Anregungen. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hannover 1948. 13 S.

84. Probleme der Jugendwohlfahrt. Stellungnahme des Fachausschusses für Jugendwohlfahrt. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hannover 1948. 32 S.

85. Die Arbeiterwohlfahrt 1919—1949. Herausgegeben aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Gründungstages. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hannover. o. J. 115 S.

86. Verzeichnis der Heime der Arbeiterwohlfahrt. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hannover. (Ca. 1949.) 23 S. ill.

87. Unsere Sommerinstitute. Erziehungs- und Jugendfürsorgelehrgänge in Deutschland 1949, 1950, 1951. Hrsg.: Unitarian Service Committee Boston und Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Hannover und Bonn. o. J. 171 S.

88. Education and Child Care Institute in Germany.

Hrsg.: Unitarian Service Committee Boston und Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn und Hannover 1949 69 S.

89. 1950 86 S.

90. 1951 88 S.

91. Die Arbeiterwohlfahrt. Hrsg.: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hannover (1951). 9 S. ill.

92. Verstehen um zu helfen. Ein Beitrag zur Arbeit mit Menschen — hervorgegangen aus dem Bremer Seminar 1953. Hrsg.: Arbeitskreis Soziale Fortbildung Bremen, Unitarian Service Committee Boston, Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn, o. J. 86 S.

93. Willi Eichler: Sozialismus als angewandte Ethik. Vortrag, gehalten auf der Reichskonferenz 1953 der Arbeiterwohlfahrt in Berlin. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß, Bonn 1954. 20 S.

94. James L. Hymes jr.: Klare Antworten. Helfende Hinweise für Eltern und Erzieher zur Entwicklung einer gesunden Sexualität. Aus dem Amerikanischen übertragen von Christa Muth und Ruth Bang. Hrsg.: Arbeitskreis Soziale Fortbildung Bremen, Unitarian Service Committee Boston, Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1954. 36 S.

95. Maximaria Klaes: Spielpflege in Kindergarten und Heim. Vortrag, gehalten auf der Arbeiterwohlfahrtkonferenz für Sozialpädagogik Oktober 1954 in Fürstentagen bei Kassel. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1955. 15 S.

96. Dorothy W. Baruch: Erziehungsfragen. Hrsg.: Arbeitskreis Soziale Fortbildung Bremen, Unitarian Service Committee Boston, Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1955. 32 S.

97. Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt mit den von der Reichskonferenz 1955 in München beschlossenen Änderungen und Ergänzungen. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1956. 12 S.

98. Charlotte Towle: Die emotionalen Grundbedürfnisse von Kindern und Erwachsenen in ihrer Bedeutung für die soziale Arbeit. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt

Hauptausschuß Bonn 1956. 144 S. 2. Aufl. Bonn 1966, 141 S.

99. Probleme der Sozialarbeit in unserer Zeit. Bericht über ein internationales Seminar im Nachbarschaftshaus Bremen vom 29. 8.—1. 9. 1960. Bearbeitet von Hermine Rasch-Bauer. Hrsg.: Unitarian Service Committee Boston, Vorstand des Vereins Nachbarschaftshaus Bremen, Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn, o. J. 33 S.

100. Sozialarbeit in der Welt von heute. Bericht über ein internationales Seminar in Rösrath/Bezirk Köln vom 17.—26. 8. 1960. Bearbeitet von Hermine Rasch-Bauer. Hrsg.: Unitarian Service Committee Boston, Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn, o. J. 77 S.

101. Zur pädagogischen Situation unserer Zeit. Referate und Arbeitsgruppenberichte von der AW-Sozialpädagogenkonferenz 1961 in Dortmund. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1961. 48 S.

102. Richtlinien und Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Arbeiterwohlfahrt und Kommunen auf Grund der neuen Sozialgesetzgebung. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1961. 15 S.

103. Otto-Werner Gehring: Jugendpolitische Aufgaben heute. Schriften des Marie-Juchacz-Hauses, Düsseldorf, Heft 1. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1963. 17 S.

104. Der Erzieher im Heim und seine Ausbildung. AW-Sozialpädagogentreffen 1965 vom 26.—30. 5. in Hamburg. Schriften des Marie-Juchacz-Hauses, Düsseldorf, Heft 2. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1965. 31 S.

105. Heime der Arbeiterwohlfahrt (nach dem Stand vom 30. 6. 1965). Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß Bonn 1965. 72 S. (Neue Auflage nach dem Stand vom 1. 8. 1969 in Vorbereitung.)

106. Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt — Musterentscheidungen — Ordnungsverfahren. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband Bonn 1966, 23 S. 2. Aufl. Bonn 1968, 23 S.

107. Der Sozialpädagoge und die Massenmedien. AW-Sozialpädagogentagung vom 3.—6. 5. 1967 in Würzburg. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband Bonn 1967. 61 S.

108. Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Essen, 27.—30. Oktober 1967. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband Bonn 1967. 60 S.

109. Vorschläge für ein erweitertes Jugendhilferecht. Denkschrift der Arbeiterwohlfahrt zur Reform des Jugendwohlfahrtsrechts, des Jugendgerichtsgesetzes und der Vormundschaftsgerichte. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband Bonn 1967, 105 S.; 2. Ausg. 1968, 57 S.

110. Die Rolle des Sozialarbeiters in der künftigen Gesellschaft. Vorträge, Diskussionen und Arbeitsgruppenberichte der AW-Sozialarbeitertagung vom 19.—22. Mai 1968 in Braunschweig. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband Bonn 1968. 53 S.

111. Der Sozialpädagoge und die Schule. Bericht über die AW-Sozialpädagogentagung vom 11.—14. Mai 1969 in Mainz (in Vorbereitung).

112. Arbeiterwohlfahrt 1919—1969. Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband Bonn 1969. 16 S.

### C. Veröffentlichungen über die Arbeiterwohlfahrt

113. Helene Simon: Aufgaben und Ziele der neuzeitlichen Wohlfahrtspflege. J. H. W. Dietz, Berlin 1922. 23 S.

114. Gottlob Binder: Die Arbeiterwohlfahrtspflege — ihre Entwicklung, Motive und Ziele. Verlag der Westfälischen Verwaltungsakademie Münster 1926. 26 S.

115. Alois Braekling: Die Arbeiterwohlfahrt und die Caritas. In: »Caritas, Zeitschrift für Caritaswissenschaft und Caritasarbeit«, Hrsg.: Deutscher Caritasverband. Heft 5, Jg. 1926, S. 129—134.

116. Die neuere Entwicklung der sozialistischen Ar-

beiterwohlfahrt. Material zu einem Vortrag gesammelt von Heinrich Auer. Freiburg 1929. 35 S. (als Manuskript gedruckt).

117. Karl Bopp: Die Wohlfahrtspflege des modernen deutschen Sozialismus. Eine soziale und wirtschaftliche Studie. Caritasverlag Freiburg 1930. 94 S.

118. Friedrich Ulrich: Die weltanschaulichen Grundlagen der Wohlfahrtspflege. (Kapitel 5.) Carl Heymanns Verlag Berlin 1932. 142 S.

119. Beiträge und Studien zu einem Sozialatlas. Hrsg.: Bundesministerium des Innern, Heft 2: Die Freie Wohlfahrtspflege. Kap. II, 1: Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß e. V., Bonn, S. 13—25. Maximilian Verlag Köln 1956.

120. Werner Thönnessen: Die Frauenemanzipation in Politik und Literatur der Deutschen Sozialdemokratie (1863—1933). Bund Verlag, Frankfurt (1958). 181 S.

121. Anneliese Monat: Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1961. 76 S.

122. Fritz Michael Roehl: Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt. Überarbeitet von Hedwig Wachenheim. Verlag J. H. W. Dietz, Hannover 1961. 204 S.

123. Inge Helfer: Die Arbeiterwohlfahrt. In: »Jahrbuch der Caritaswissenschaft«, 1962. S. 85—93. Lambertus Verlag Freiburg.

124. Lotte Lemke: Die Arbeiterwohlfahrt. In: »Handbuch der Sozialerziehung«, herausgegeben von Ernst Bornemann und Gustav von Mann-Tiedler, Band III. Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1962. S. 487—496.

125. Lotte Lemke: Marie Juchacz — Gründerin der Arbeiterwohlfahrt. In: »Kampf ohne Waffen — Helfer der Menschen«, Hrsg.: Erich Grassl. Verlag Ludwig Auer, Donauwörth, Band 2, o. J., S. 109—141.